



Das Massaker der US-Truppen an der vietnamesischen Dorfbevölkerung von My Lai vom März 1968.

Wie sich die Bilder gleichen:

Gestern Vietnam – heute Irak

Von Gerhard Feldbauer

Parallelen zu Vietnam sind beim US-Überfall auf Irak unübersehbar. Daniel Ellsberg, der einst die Washingtons Aggressionsplanung gegen Vietnam entlarvenden «Pentagon-Papiere» herausgab, schrieb, die im Irak-Krieg verbreiteten Lügen, stünden «denen des Vietnamkrieges in nichts» nach. Der Publizist und Pulitzerpreisträger Seymour Hersh, der die Massaker in My Lai enthüllen half, erklärte, in Irak würden die gleichen «sadistischen Verbrechen» wie in Vietnam begangen. Der demokratische Senator Ted Kennedy sprach von «Bushs Vietnam». Dazu zunächst einige, vielleicht schon in Vergessenheit geratene Fakten aus Vietnam in der Gegenüberstellung zu Irak.

Einst My Lai

Vor 37 Jahren, am Morgen des 16. März 1968, drang US-Leutnant Calley mit seinen Soldaten in das südvietnamesische Dorf My Lai¹ ein, in dem sich angeblich Vietcong versteckt hielten. Der Befehl lautete, «den Feind aufzustöbern und unverzüglich zu erledigen, (...) alles, was sich bewegte, zu töten und jede Form von Leben zu vernichten.» Soldaten erklärten später, «dass keiner der Dorfbewohner am Leben gelassen werden sollte.»²

Der Fotoreporter Ronald Häberle, der die Einheit begleitete, berichtete, wie ein alter Mann mit zwei Kindern auf die Soldaten zukam. «Die Soldaten eröffneten gleichzeitig das Feuer

und mähten die drei Personen nieder». Soldaten berichteten: «Leutnant Calley entdeckte etwa 150 Personen, die sich in einem Graben versteckt hatten, in der Mehrzahl Frauen und Kinder. Als einige von ihnen furchtsam aus ihrem Versteck hervor kamen, mähte er sie erbarmungslos nieder und forderte seine Soldaten auf, seinem Beispiel zu folgen. (...) Es wurde geschossen, bis kein Lebenszeichen mehr kam. Aber nachdem das Feuer eingestellt worden war, erhob sich aus diesem Blutbad, fast wie ein Wunder, ein etwa zweijähriges Kind, das verzweifelt weinend versuchte, in Richtung Dorf zu laufen. Leutnant Calley packte es, warf es wieder in den Graben und erledigte es mit seiner Waffe.»

In My Lai wurde – wie Zeugenausagen bestätigten – kein einziger Soldat der Befreiungsarmee angetroffen. Opfer des Massakers wurden 502 Einwohner – alle Zivilisten, vor allem Alte, Frauen und Kinder. Im offiziellen Kriegsbulletin, das die *New York Times* am 17. März 1968 veröffentlichte, hiess es jedoch: Zwei amerikanische Kompanien hätten sich «den feindlichen Stellungen» genähert und «die nordvietnamesischen Soldaten» vernichtet.

Nach bekannt werden der Verbrechen musste sich ein Gericht damit befassen. Als einziger wurde Leutnant Calley angeklagt und verurteilt, auf Veranlassung Präsident Nixons jedoch freigelassen. In einem Interview erklärte er: «Ich verkörpere nur die Vereinigten Staaten von Amerika.

Mein Vaterland.» und bekannte, «Ich war gern in Vietnam».

Heute Faludscha

Und das geschah im November 2004 unter dem US- Besatzungsregime in Irak, während des Sturms auf Faludscha. Ein irakischer Arzt hat die Berichte Überlebender auf Video aufgenommen. Ein 16jähriges Mädchen erzählte, was in ihrem Haus geschah. Die Amerikaner kamen herein und erschossen ohne eine Wort zu sagen ihre Mutter und ihren Vater. Aus einem Versteck musste sie mit ihrem Bruder ansehen, wie ihre beiden Schwestern erst geschlagen, dann erschossen wurden. Danach sei ihr Bruder auf die Soldaten zugelaufen und habe sie angeschrien. Auch er wurde erschossen.

Während der Belagerung von Faludscha rief das US-Kommando die Einwohner auf, ihre Häuser mit weissen Fahnen zu verlassen und auf eine Kreuzung zu kommen. Der Arzt gibt den Bericht eines Überlebenden wieder: Seine Familie trug weisse Fahnen. Trotzdem wurden seine Mutter und sein Vater von Scharfschützen erschossen. Danach seine zwei Tanten und sein Bruder. Ein sechs Jahre alter Junge der Familie stand bei den Leichen seiner Eltern und weinte, auch er wurde erschossen.

In Faludscha ermordeten GIs Zivilisten, machten Gefangene nieder, bombardierte die Luftwaffe Krankenhäuser. Der Soldat Jim Talib sagte, auf die Frage, was mit den Gefangenen zu

Fortsetzung Seite 2

Unsere Welt Schweizerische Friedensbewegung Postfach 2113, 4001 Basel	28. Jahrgang Nr. 3 – 2005 Solidaritätsbeitrag: Fr. 1.–
--	--

Aus dem Inhalt

Vietnam: Im Jahr der Jubiläen	3
Israel: Vergessene palästinensische Gefangene	4
Somalia: Rege «New Ways»	5
Venezuela: Schweizer Weltfestspielteilnehmer im Gespräch	6
Cuba: Etappensieg für die «Miami Fünf»	6
Frauenrechte: Reformprozesse in Marokko und Algerien	7
Mikis Theodorakis ist 80!	8

Hurrikan Katrina

Bushs kriminelle Versäumnisse

In einer Erklärung des in New York ansässigen International Action Center vom 2. September 2005 werden die Ursachen des Hurrikan-Horrors für Zehntausende von vorwiegend schwarzen Armen und Werktätigen benannt. Wir dokumentieren die Erklärung der US-amerikanischen Bürgerrechtsorganisation in Auszügen. Die Übersetzung besorgte Klaus von Raussendorff.

Naturkatastrophen liegen jenseits unserer Kontrolle, aber Vorbereitungen für erwartete und vorhergesagte Katastrophen sind etwas, was wir kontrollieren können. Naturkatastrophen müssen nicht katastrophal sein, wenn zuvor Pläne gemacht wurden, um Menschen und ihre Häuser zu schützen; aber diese Pläne sind nicht gemacht worden.

Die kriminellen Versäumnisse, die auf allen Ebenen der Regierung vor und während der Krise zu Tage traten, vermitteln eindeutig die Botschaft, dass den Machthabern das Leben armer Menschen, insbesondere schwarzer armer Menschen, absolut gleichgültig ist.

Präsident Bush hat Haushaltsmittel, die für die Vorbereitung auf diese Art von Naturkatastrophen gebraucht wurden, abgezogen, um den Eroberungskrieg im Irak zu finanzieren. Er tat dies, obgleich er durch die Bundesagentur für Notstandsmanagement (FEMA) schon 2001 gewarnt worden war. Der Houston Chronicle berichtete am 1. Dezember 2001: «New Orleans versinkt. Und sein hauptsächlicher Puffer gegen einen Hurrikan, das schützende Delta des Mississippi,

schwindet schnell dahin. Damit rückt die historische Stadt der Katastrophe gefährlich nahe. So verwundbar, dass Anfang des Jahres die Bundesagentur für Notstandsmanagement die potentielle Gefahr für New Orleans als eine der drei wahrscheinlichsten und gefährlichsten Katastrophengefahren für dieses Land einstufte.»

Keine Vorbereitungen

Wer beobachtet hat, wie die Katastrophe ihren Lauf nahm, dem wurde klar, dass wirkliche Pläne für eine Evakuierung der Region nicht gemacht worden waren, obwohl jeder wusste, die Bundesbehörden ebenso wie die Meteorologen, dass ein Hurrikan von enormer Grösse auf das Gebiet zukam.

Für Alte, Behinderte, Arme gab es keine Vorsorgemassnahmen für Evakuierung oder Schutzunterkünfte. «Jeder für sich» war die Devise, und wer nicht die Möglichkeit hatte zu fliehen oder die Mittel die eigene Evakuierung zu finanzieren, wurde dem Untergang überlassen. Für mehr als 100 000 Menschen gab es in New Orleans keine Vorkehrungen. Das sind

Fortsetzung Seite 2

Medialer Einheitsbrei oder unabhängiger Journalismus

UW von Tamedia übernommen?

Kürzlich durften wir vernehmen, dass wiederum eine Region medial von einem grossen Konzern geschluckt wurde. Die Tamedia übernimmt die ostschweizer Huber-Gruppe. Somit wird unter anderen Regionalblättern auch die Thurgauer-Zeitung künftig von der Kooperation mit der wirtschaftlich gesunden Zürcher Zentrale profitieren. Wie es heisst. Selbstverständlich wurde, wie in diesen Fällen üblich, nicht vergessen, im Interesse der Medienvielfalt die langfristige Unabhängigkeit der übernommenen Zeitungen zu beschwören. Als erfahrene Zeitungsleser können wir uns vorstellen was dies bedeutet: längerfristig steht in jedem Blatt das Selbe. Synergie-Effekt nennt sich das. Von einem Stellenabbau war bisher (noch) nicht die Rede. Auch über die finanziellen Bedingungen schweigen sich die Beteiligten aus.

«Unsere Welt» hingegen ist weder ein wirtschaftlich gesundes Unternehmen noch hat sie je ein Übernahmeangebot erhalten. Dafür lesen Sie bei uns Artikel, die speziell für «Unsere Welt» geschrieben wurden und in der Schweiz sonst nirgends erscheinen. Allerdings sind wir nur Dank den vielen Spenden in der Lage diese Zeitung zu produzieren. Deshalb liegt dieser Ausgabe wieder ein Einzahlungsschein bei (Schweizerische Friedensbewegung SFB, 4001 Basel, PC 40-1627-7).

Besten Dank für Ihre Übernahme.

Ruedi Moser, SFB-Sekretär



Lt. Calley (Mitte) wurde wegen des My Lai-Massakers zwar verurteilt, musste die Strafe jedoch nicht absitzen und wurde Versicherungsexperte...

Gestern... (Forts. von S. 1) geschehen sei, habe er den wörtlichen Befehl erhalten, «erschiesst sie einfach». Die Leichen von zwei umgebrachten Irakern seien wie tote Rehe auf der Motorhaube befestigt und durch die Gegend gefahren worden.

Damals wie heute: Einsatz chemischer Waffen

In Südvietnam setzten die USA seit 1960 chemische Kampfstoffe ein, die über drei Millionen Hektar Anbaufläche und fast die Hälfte der Wälder zerstörten. Die französische Publizistin Dominique Bari berichtete damals, dass «Agent Orange» bei Menschen und Tieren schwere Vergiftungen hervorrief und die gesamte Vegetation austrocknete. *Le Monde* schrieb am 27. Mai 1967, dass die Giftstoffe bei Menschen Lungenödeme und schwere Magen- und Darmerkrankungen hervorriefen, bei stillenden Müttern die Milch versiegte, Embryos im Mutterleib starben. Insgesamt waren siebzehn Millionen Menschen dem Gift ausgesetzt, nach Kriegsende erkrankte eine Million. Leukämie, Lungentumore und Leberkrebs machten unzählige Menschen dahin. 100 000 Kinder trugen schwere Geburtsschäden davon: Missgebildete Säuglinge ohne Augen, mit Wasserköpfen und Klumpfüssen, viele debil und taub. Über Faludscha verschoss US-Artillerie, wie die *Washington Post* berichtete, Granaten mit «weissem Phosphor», warfen Flugzeuge 500 Pfund schwere Napalmbomben ab. Die Zeitung zitierte den Spitalarzt Kamal Hadeethi: «Ich habe zahlreiche Tote mit schweren Verbrennungen gesehen. Einige Leichen waren geschmolzen». Bewohner berichteten, im Bezirk Doschlan waren «die Strassen mit Kratern übersät, lagen überall Leichen, klebten an Hausmauern Fleischfetzen».

Ein Drittel der 300 000 Einwohner Faludschas wurde obdachlos. Es wird angenommen, dass die Zahl der toten Zivilisten in die Tausende geht oder auch noch höher liegt. Erinnern wir uns, dass die Verbrechen von My Lai erst nach drei Jahren bekannt wurden und auch nur, weil Augenzeugen den Mut hatten, auszusagen.

Bereits 100 000 zivile Opfer des USA-Terrors

Wie in Vietnam gehen die USA auch in Irak gegen den Widerstand mit Mord, Terror und Folter vor, richten sie die entscheidenden militärischen Schläge von Anfang an gegen die Zivilbevölkerung. Laut *New York Times* vom 29. September 2004 erstrecken die Luftangriffe sich «auf das gesamte Zweistromland». In diesem Monat gab es 2 368 Angriffe. Der US-Marine Jimmy Massey sagte gegenüber *The Seattle Times* vom 8. Dezember 2004, seine Einheit habe binnen zweier Tage an Check Points mindestens 30 unbewaffnete Iraker erschossen, darunter Frauen und Kinder.

Die britische Medizinzeitschrift *The Lancet* veröffentlichte am 29. September 2004 in ihrer Online-Ausgabe eine Studie, nach der seit

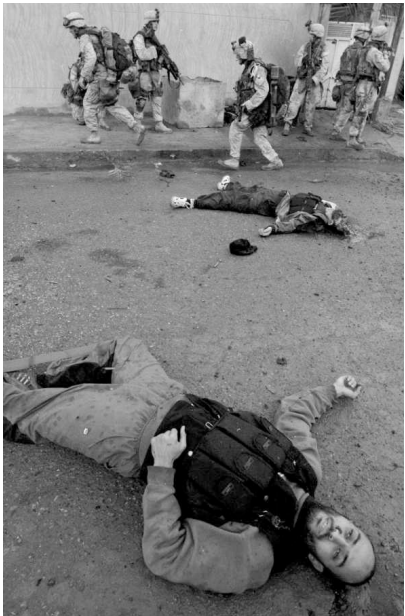
Beginn des Überfalls etwa 100 000 Iraker, in der Mehrzahl Frauen und Kinder, ums Leben kamen. 84 Prozent durch Gewalteinsätze der Besatzungstruppen, 95 Prozent davon wiederum durch Angriffe der Luftwaffe und Artillerie. Nach einem Bericht des Kinderhilfswerks UNICEF wurden auch fast 4 000 Schulen Opfer des Krieges, darunter 700 durch Bomben massiv beschädigt.

Sadistische Verbrechen

Seymour Hersh berichtete im April 2004 im *New Yorker* von «sadistischen, himmelschreienden Verbrechen» in Abu Ghraib. Er nannte: Häftlinge mit «phosphorhaltiger Flüssigkeit» übergiessen; mit «Besen und Stuhl schlagen»; an «die Zellwand werfen»; mit «einem Leuchstab» sexuell misshandeln; vom «Hund beißen» lassen.

Hersh wird sowohl von Gefangenen als auch GIs bestätigt: Danach wurden Gefangene zu Tode gefoltert, bei Verwundeten auf ihre Verletzungen eingeschlagen, sie zur Schändung ihrer islamischen Religion gezwungen, in dem sie Schweinefleisch essen und Alkohol trinken mussten; Korans wurden zerrissen, Turbane verbrannt, Gefangene gezwungen, aus der Toilette zu essen. Fotos zeigen einen US-Soldaten, der einem toten Gefangenen mit einem Löffel das Gehirn herauskratzt. Der ehemalige Militärpolizist Aiden Delgado sagte dem Internet-Magazin *Online Journal*, während seines einjährigen Einsatzes bis April 2004, darunter ein halbes Jahr in Abu Ghraib, sei er nahezu täglich Zeuge von Kriegsverbrechen der eigenen Kameraden geworden. Die GIs dächten inzwischen «Araber seien Terroristen, der Abschaum der Erde; was immer wir mit ihnen machen, ist in Ordnung.»

Newsweek enthüllte, dass die ungeheuerlichen Folterpraktiken von höchsten Stellen, darunter Justizminister Ashcroft, Pentagonminister Rumsfeld und selbst von Präsident Bush angeordnet und legalisiert wurden. Der US-amerikanische Jurist Lennox S. Hinds von der Internatio-



Faludscha im November 2004. Foto Rantburg.com

nen Vereinigung Demokratischer Anwälte fasste zusammen, dass Präsident Bush «den Weg zur Anwendung von Folter geebnet hat».

Zum Thema erschien von Gerhard Feldbauer das Heft 6/2005 von «Offensiv». Zeitschrift für Sozialismus und Frieden, Herausgeber: Verein zur Förderung demokratischer Publizistik (e.V.), zu beziehen über: Redaktion Offensiv, Frank Flegel, Egerweg 8, 30559 Hannover. Fon und Fax: 00495 11 52 94 782, Mail: redaktion@offen-siv.com

Anmerkungen
¹ Es handelte sich um das Dorf Son My der Gemeinde My Lai. US-Amerikanische Quellen sprechen von My Lai, vietnamesische präziser von Son My.
² Zu den Quellen dieses Beitrages siehe G. Feldbauer: «Wie sich die Bilder gleichen», Sonderheft «offensiv» 6/2005

Bushs... (Forts. von S. 1)

20 Prozent der Bevölkerung und überwiegend der ärmste Teil der Bevölkerung. Die Menschen ohne Auto, Kreditkarten und Hotelreservierungen hatten wenig Alternativen, ausser zu Hause zu bleiben und die Sintflut kommen zu sehen.

Lieber Kriege finanzieren

Wohl wissend, dass ein Hurrikan von dieser Stärke schliesslich unausweichlich war, strich die Bush-Regierung das Budget des US-Ingenieurcorps der Armee in der Grössenordnung von 71,2 Millionen Dollar.

Dieser Kürzung fielen Hurrikan- und Hochwasser-Schutzprojekte zum Opfer wie auch eine Studie zur Erarbeitung von Strategien zum Schutz der Region vor einem Hurrikan der Kategorie 5. Diese Kürzung war Bestandteil von Bushs Politik, lebenswichtige Programme zusammenstreichen, um die Mittel für eine Steuersenkung für die Besserverdienenden und für die Besetzung des Irak aufzubringen.

Ein Vergleich dieser Kürzung um mehr als 71 Millionen Dollar für den Hochwasserschutz mit den 1,7 Milliarden Dollar, die den Menschen von Louisiana für den Krieg in Irak abverlangt wurden, bietet ein weiteres Beispiel dafür, wie Bushs Politik des endlosen Krieges die Bevölkerung hierzulande gefährdet.

Der «Editor and Publisher» vom 30. August deckte auf, dass bei unbedingt notwendigen Projekten Massnahmen für 250 Millionen Dollar, die vom Ingenieurcorps der Armee im Delta für die Aufschüttung von Dämmen und den Bau von Pumpstationen geplant waren, nicht ausgeführt werden konnten. «Das Corps versuchte nie, die Tatsache zu verheimlichen, dass der Ausgabendruck des Krieges im Irak sowie für innere Sicherheit – zeitgleich mit den Senkungen von Bundessteuern – der Grund für die Zwangslage war. Die Hurrikan-Saison 2004 war die schlimmste in Jahrzehnten. Trotzdem kam die Bundesregierung in diesem Frühjahr wieder mit einer Beschneidung der Mittel für Hurrikan- und Hochwasser-Kontrolle, der schärfsten in der Geschichte von New Orleans.»

Alles nach Irak geschickt

Die Nationalgarde, die normalerweise bei Evakuierungen und Katastrophenhilfe eingesetzt wird, ist unfähig, angemessen zu reagieren, weil 40% der Mississippi-Nationalgarde und 35% der Louisiana Nationalgarde im Irak stationiert sind.

Wie auch ein Grossteil ihres Gerätes, darunter Dutzende von Hochwasserfahrzeugen, Transporter, Tankwagen und Generatoren, die unbedingt notwendig sind, um mit diesem Typ von Notstand fertig zu werden.

Viele Angehörige der Nationalgarde sind Unfall-Sanitäter und Feuerwehrleute.

Sie sollten in der Heimat sein und ihren Nachbarn helfen, mit der Katastrophe fertig zu werden, nicht im Irak, um eine illegale Besatzung aufrecht zu erhalten.

Missachtung der Umwelt

Verschlimmert wird die Überflutung durch die Beseitigung der Feuchtgebiete, die einen natürlichen Puffer bilden. Die Bush-Regierung hat immerhin 20 Millionen Akers Feuchtgebiet aus den Schutzmassnahmen des Bundes ausgeschlossen.

Die Bush-Regierung legte äusserste Rücksichtslosigkeit gegenüber menschlichem Leben und eine Missachtung des internationalen Rechts an den Tag, als sie sich weigerte, das Kyoto-Abkommen von 1997 einzuhalten, einen Vertrag, der von den Vereinigten Staaten und 54 anderen Ländern unterzeichnet wurde. Das Abkommen ist dazu bestimmt, die Emissionen zu beschränken, die eine globale Erwärmung verursachen.

Sir David King, oberster Wissenschaftsberater der britischen Regierung, meint, dass die globale Erwärmung für die von Hurrikan Katrina angerichtete Zerstörung verantwortlich sein könnte. «Wir wissen seit 1987, dass die Intensität von Hurrikanen von der Temperatur der Meeresoberfläche abhängt, und wir wissen auch, dass während der letzten 15 bis 20 Jahre die Temperatur der Meeresoberfläche in diesen Regionen um ein halbes Grad Celsius gestiegen ist. Man kann daher ohne weitere zu der Schlussfolgerung kommen, dass die erhöhte Intensität von Hurrikanen mit der globalen Erwärmung zusammenhängt.»

Cuba zeigt: Geordnete Evakuierungen für alle

Cuba liegt direkt auf der Wegstrecke vieler Hurrikane, und doch ist der Verlust an Menschenleben gewöhnlich minimal, weil die Regierung Systeme aufgebaut, um bei geordneten Evakuierungen zu helfen, Notunterkünfte bereit zu stellen und Alte, Behinderte und Arme zu versorgen.

Im Jahre 2001, als der Hurrikan Michelle, ein Sturm der Kategorie 4, mit Winden von anhaltend 125 Meilen pro Stunde und weiträumigen Überflutungen, zuschlug, wurden mehr als 700 000 Menschen evakuiert. Nur fünf Kubaner verloren bei dem Sturm ihr Leben.

Im September 2004 hatte Kuba den Hurrikan Ivan zu ertragen, den fünftgrössten Hurrikan, der je die Karibik heimsuchte, mit anhaltenden Winden von 124 Meilen pro Stunde. Kuba evakuierte fast zwei Millionen Menschen, mehr als 15 Prozent der gesamten Bevölkerung. Einhunderttausend Menschen wurden innerhalb der ersten drei Stunden evakuiert. Ein unglaublicher Anteil von 78 Prozent der Evakuierten wurde von anderen Menschen in ihren Häusern aufgenommen. Kinder in Internaten wurden verlegt. Tiere und Vögel wurden verlegt. Keiner wurde getötet. Die UNO erklärte dies zu einem Modell für Katastrophenvorsorge.

Kuba, ein Land, das von den USA seit 45 Jahren mit einer Blockade belagert und isoliert wird, war in der Lage Millionen von Menschen in geordneter Weise und ohne Verluste an Menschenleben zu evakuieren: Natürliche Disaster müssen keine Katastrophen sein.

Öl-Profitmacherei

Über die schrecklichen Verluste von Menschenleben und Wohnungen in der Region hinaus werden die arbeitenden Menschen überall zu leiden haben, da sie mehr als 3 Dollar für die Gallone Benzin bezahlen, weil die Ölgesellschaften Rekordprofite einfahren. In manchen Gegenden hat der

Benzinpreis die Marke von 5 Dollar pro Gallone erreicht.

Die Freigabe von Öl aus der Strategischen Ölreserve könnte leicht den Ausfall der Ölraffinerien in der Region ausgleichen. Fast 700 Millionen Fass Öl sind entlang der Golfküste von Texas und Louisiana in unterirdischen Salzkavernen eingelagert. Diese Reserve wurde angelegt, um die Ölmärkte während Energieausfällen oder anderen Notstandssituationen abzufedern, aber einfach auf dem Öl zu sitzen statt es freizugeben, hält nur den Benzinpreis hoch und sichert den Ölgesellschaften höhere Profite.

Während George W. Bush und seine Freunde in den grossen Ölkonzernen sich an den explodierenden Ölpreisen bereichern, haben die arbeitenden Menschen, die ohnehin unter der Wirtschaftspolitik der Bush-Regierung leiden, noch mehr von ihrem schrumpfenden Gehaltsstreifen für Benzin auszugeben, um zur Arbeit und zur Schule zu kommen.

Die wirklichen Plünderer

Statt das Augenmerk auf das kriminelle Versagen der Regierungen von Bund und Bundesstaaten zu richten, berichten die Konzernmedien, dass die wirkliche Gefahr die Plünderungen sind. In dem Bemühen, die Kritik von der Politik der Bush-Regierung abzulenken, dämonisieren die Nachrichtennetzwerke die Opfer.

Die wirklichen Plünderer sind nicht die hungrigen Menschen, die sich, was sie brauchen, von einem verlassenen Konzern-Warenhaus nehmen. Das wirkliche Verbrechen ist, dass sie in dieser Lage von einer Regierung allein gelassen worden sind, die Krieg und Konzernprofit höher veranschlagt als die Bedürfnisse der Menschen.

Das Bush-Regime hat das Geld der Mensch in Milliardenhöhe geplündert, indem es die Programme zusammenstrich, die Grundbedürfnisse befriedigen, und indem es die staatlichen Agenturen ausraubte, die mit der Vorsorge für Naturkatastrophen betraut sind, nur um einen Eroberungskrieg gegen das irakische Volk zu finanzieren. Es gibt in der Tat gefährliche Plünderer, aber das sind die Bush, Cheney und Rumsfeld, nicht die armen Leute von New Orleans, die versuchen, ihre Familien zu ernähren. Es ist klar, dass die Bush-Regierung zunehmend die gesamte Bevölkerung des Landes in wachsende Gefahr bringt, indem sie unaufhörlich jedes Sozial-, Infrastruktur- und Umweltschutzprogramm beschneidet.

Geld für Menschen statt für Kriege!

Es ist die Bush-Regierung, und es sind die grossen Konzerne, denen sie dient, die für das Disaster direkt verantwortlich sind, und sie, nicht die arbeitenden Menschen der Region, sollten für Wiederaufbau und Hilfeleistung aufkommen.

In einer Ansprache sagte Präsident Bush: «Unsere Herzen und Gebete sind mit unseren Mitbürgern entlang der Golfküste, die so sehr unter dem Hurrikan Katrina gelitten haben.» Aber die Menschen der Region brauchen Nahrung, Kleidung, Unterkunft und Arbeitsplätze und nicht Herzen und Gebete.

Die Menschen in der Region brauchen und haben das Recht auf mehr als leere Rhetorik und gedankenloses Lächeln. Die Krise erfordert eine massive nationale Mobilisierung, um die Notstandsbedürfnisse zu befriedigen und die Wiederaufbauarbeiten zu fördern. Das Disaster geht über das hinaus, was örtliche Behörden und private Wohlfahrtorganisationen bewältigen können; die Bundesregierung muss ihre umfangreichen Ressourcen einsetzen, die jetzt für Kriegführung verbraucht werden, um sofortige und langfristige Hilfe und Entlastung zu bieten.

Sechzig Jahre Demokratische Republik Vietnam

Jahr historischer Jubiläen

Gut dreissig Jahre nach dem Sieg des vietnamesischen David über den US-amerikanischen Goliath ist Vietnam weitgehend aus dem Blickfeld des Medieninteresses verschwunden. Wir halten dagegen an, mit einem Bericht zweier Zeitzeugen.

Von Irene und Gerhard Feldbauer

Die Bilder sind um die Welt gegangen: Ein T-54 rammt das schmiedeeiserne Tor des Doc Lap-Palastes in Saigon auf. Soldaten der Befreiungstreitkräfte beziehen mit aufgeflepptem Bajonett Posten. Während General Minh, Washingtons letzter Marionettenpräsident, vor einem Panzerobersten bedingungslos kapituliert, starten vom Dach der US-Botschaft die letzten «Avican»-Helikopter, mit denen ranghohe Offiziere und Beamte der Besatzungsmacht panikartig auf die Kriegsschiffe der 7. Flotte flüchten.

Es ist der 30. April 1975. Saigon ist gefallen, Südvietnam nach zwei Jahrzehnten amerikanischer Besatzungsherrschaft befreit; die Ketten eines nahezu ein Jahrhundert währenden Kolonialjochs, das einst Frankreich errichtete, sind zerbrochen. Das vietnamesische Volk siegte über die stärkste Militärmacht der westlichen Welt, die als Nachfolger der französischen Kolonialisten Vietnam seit 1955 mit einem grausamen Vernichtungskrieg überzogen hatte. Ende der 60er Jahre standen 540 000 Mann US-Bodentruppen in Südvietnam. An ihrer Seite 700 000 südvietnamesische Söldner. Im August 1964 hatte ein barbarischer Bombenkrieg gegen Nordvietnam begonnen, um die Unterstützung für den Befreiungskampf in Südvietnam auszuschalten. Luftwaffengeneral Curtis LeMay verkündete, Nordvietnam «in die Steinzeit zurückzubomben». Als die USA im Oktober 1968 die Einstellung der Luftangriffe erklären mussten, hatte die US Air Force gegen die DRV insgesamt 107 700 Angriffe geflogen, dabei 2 581 876 Tonnen Bomben abgeworfen bzw. Raketen abgeschossen. Städte und Dörfer lagen in Schutt und Asche, Krankenhäuser, Schulen, Bewässerungsanlagen, Strassen und Brücken waren zerstört. Doch die Luftaggression scheiterte. Die mit modernsten sowjetischen Luftabwehrraketen und Mig-Jägern ausgerüstete vietnamesische Volksarmee schoss über 3 000 US-Flugzeuge ab, Hunderte Piloten gerieten in Gefangenschaft.

Zeitzeugen melden sich zu Wort

Die grosse Hilfe des damals existierenden sozialistischen Lagers, die weltweite Solidarität der Völker und



Sieg in Saigon, Erinnerungen an Vietnam, von Irene und Gerhrad Feldbauer, Pahl-Rugenstein, Bonn 2005, 240 S., ca. Fr. 25.–. Zu beziehen bei Buchhandlung Waser, Rümelinplatz 17, Postfach, 4001 Basel, Tel. 061 261 02 89

ihrer Friedenskräfte, eingeschlossen die in den USA, waren entscheidende Grundlagen dieses Sieges. Aber die letztlich ausschlaggebende Bedingung, dass diese Faktoren zur Geltung kommen konnten, war der nicht zu brechende Widerstandswille des Volkes, der in den Traditionen nationalen und antikolonialen Widerstandes wurzelte, die zu mobilisieren eine kommunistische Partei verstand, die der legendäre Führer Ho Chi Minh gegründet hatte.

Seit dem Sieg in Dien Bien Phu ist ein halbes Jahrhundert vergangen, die Befreiung Südvietnams liegt 30 Jahre zurück. Nach der Niederlage des Sozialismus in Europa ist der Befreiungskampf Vietnams in der Öffentlichkeit weitgehend aus dem Blick-

danke Kaiser Bao Dai ab und übergab die Macht an die Vertreter des Nationalen Befreiungskomitees. Zum ersten Mal in der Geschichte der Befreiungsbewegungen siegte eine nationale Befreiungsrevolution unter Führung der Arbeiterklasse und ihrer kommunistischen Partei. Sie leitete den Zerfall des alten Kolonialsystems ein.

Frei, unabhängig und selbstbestimmt

Die Unabhängigkeitserklärung, die Ho Chi Minh am 2. September vor 60 Jahren unter dem nicht enden wollenen Jubel von einer Million Menschen verlas, endete mit den Worten: «Das vietnamesische Volk ist entschlossen, all seine geistigen und materiellen Kräfte aufzubieten, Leben und Besitz zu opfern, um sein Recht auf Freiheit und Unabhängigkeit zu behaupten.» Im wahrsten Sinne des Wortes stand Vietnams Volk dafür in



Gerhard und Irene Feldbauer bei ihrer journalistischen Tätigkeit während des Vietnamkrieges. Foto aus «Sieg in Saigon», Pahl-Rugenstein 2005

feld verschwunden. Als Zeitzeugen wollten wir mit unserem Buch «Sieg in Saigon» einen Beitrag leisten, die entstandene Wissenslücke zu schliessen. Anlass war auch, dass im Jahr 2005 noch weitere Jahrestage liegen, die alle mit dem Sieg vor 30 Jahren verbunden sind: Am 3. Februar der 75. Jahrestag der Gründung der KP, am 15. Mai der 115. Geburtstag Ho Chi Minhs, am 2. September der 60. Jahrestag der nach der Augustrevolution proklamierten Demokratischen Republik Vietnam und am 12. September der 75. Jahrestag des Beginns des Bauernaufstandes in Zentralvietnam, der zur Bildung von vietnamesischen Sowjets führte und das Vorspiel zur Augustrevolution von 1945 darstellt. Vorausgegangen war bereits am 22. Dezember 2004 der 60. Gründungstag der Volksarmee.

Im Sog der Roten Armee

Neben den nationalen Faktoren, wozu vor allem die 1941 geschaffene breite nationale Front Viet Minh zählte, konnte sich die Augustrevolution auf die erfolgreichen Kampfhandlungen der UdSSR gegen Japan stützen. Am 9. August begann die Rote Armee eine gewaltige Offensive, in deren Verlauf sie die 1,2 Millionen Mann starke Kwantungarmee zerschlug, die Mandschurei und Nordkorea befreite und so entscheidende Voraussetzungen für den erfolgreichen Verlauf der chinesischen Befreiungsbewegung sowie in weiteren asiatischen Ländern, darunter in Vietnam schuf.

Daraufhin rief die Viet Minh am 13. August zum bewaffneten Aufstand gegen die japanischen Okkupanten und die französischen Kolonialisten auf. Die Volksarmee befreite am 19. August Hanoi und am 23. August die Kaiserstadt Hue. Am 25. August

den folgenden Jahrzehnten der Verteidigung seiner nationalen Unabhängigkeit ein. Im Widerstand gegen die erneut in Vietnam einfallenden französischen Kolonialisten kamen über 800 000 Menschen ums Leben. Im Kampf gegen die USA-Aggressoren fanden eine Million Menschen den Tod, wurden 500 000 schwer verletzt, 800 000 Kinder Kriegswaisen, über zehn Millionen Bauern (fast die Hälfte der Einwohner Südvietnams) aus ihren Dörfern verjagt, 500 000 Frauen und Mädchen zur Prostitution getrieben, ebenso viele wurden drogenabhängig, eine Million erkrankte an Tbc, 10 000 an Lepra, eine Million wurde Opfer des Giftgases Orange Agent.

Westdeutsche Mitschuld...

Während die DDR solidarisch an der Seite Vietnams stand, unterstützte die Bundesrepublik bedingungslos politisch, wirtschaftlich und verdeckt auch militärisch die USA-Aggression. Noch heute ist das eines der schmutzigsten Kapitel der BRD-Geschichte, das aufzuarbeiten ebenso wie die faschistische und militaristische Vergangenheit völlig tabuisiert wird. Während in Hanoi der von den Nazis ins KZ gesperrte Antifaschist Wolfgang Bergold die DDR als Botschafter vertrat, war zu dieser Zeit für Bonn Horst von Rom als Chefdiplomat in Saigon, ein Gefolgsmann der Nazis, die Antifaschisten wie Bergold verfolgten, einsperrten und viele von ihnen umbrachten. Die IG-Farben-Nachfolger BASF und die Farbwerke Hoechst beteiligten sich an der Produktion und Lieferung von Giftgasen nach Saigon. 2 500 westdeutsche Techniker, darunter 121 Piloten, sammelten Kriegserfahrungen in Vietnam, Bundeswehroffiziere werteten sie in der Truppe aus.

...und Solidarität

Es gab damals auch eine andere Bundesrepublik, die, wie auch in der Schweiz, eine machtvolle Protestbewegung gegen den USA-Krieg entwickelte und Millionen DM an Spenden zur materiellen Hilfe für das Rote Kreuz der DRV und der FNL aufbrachte. Zu den Mitwirkenden gehörte, um nur eins unter vielen Beispielen anzuführen, Uta Ranke-Heinemann, Tochter des damaligen Bundespräsidenten. Der Mediziner Erich Wulff unterstützte während seiner sechsjährigen Arbeit an der Universitätsklinik von Hue auf vielfältige Weise den Widerstand. So brachte er auch Fotos bestialisch ermordeter Kinder ausser Landes. Kurz vor seiner Ausreise entkam er nur knapp einem CIA-Anschlag. Wulff sagte auf der zweiten Sitzung des Bertrand Russel-Tribunals 1967 in Roskilde aus, war 1976 Gründer und danach langjähriger Vorsitzender der Gesellschaft für Freundschaft zwischen den Völkern in der Bundesrepublik Deutschland und der Sozialistischen Republik Vietnam. 1972 veröffentlichte er unter dem Pseudonym George W. Alsheimer «Vietnamesische Lehrjahre», einen packenden und entlarvenden Bericht über das, was sich unter der USA-Herrschaft in Südvietnam ereignete, welch volksfeindliches, korrupt-diktatorisches Marionettenregime die Besatzer installierten.

Mit dem Überfall auf Afghanistan und der Aggression gegen Irak haben die USA einen neuen Anlauf genommen, ihre alten Weltherrschaftspläne durchzusetzen. Als Zeitzeugen möchten wir die aktuelle Warnung wiedergeben, welche die Vietnamesen während ihres Kampfes in unerschütterlicher Überzeugung verkündeten: Dass die USA-Aggressoren scheitern werden: am Widerstandswillen, am unbändigen Freiheits- und Unabhängigkeitsdrang des Volkes. Dass gilt auch für Irak und überall dort, wo versucht wird, die Völker zu unterdrücken.

USA-Niederlage auch im Wirtschaftskrieg

Der US-amerikanische Autor Walden Bello belegte in seinem 1994 in San Francisco erschienenem Buch «Dark Victory», dass die USA nach ihrer schweren Niederlage in Indochina sich das «politische Ziel setzten, die Länder des Südens in den ökonomischen Bankrott zu treiben, als Rache dafür, dass sie in den 70er Jahren ihre Ansprüche auf Souveränität und Unabhängigkeit durch die Befreiungsbewegungen artikuliert haben.» Vietnam verweigerten die USA nicht nur die beim Abschluss der Pariser Abkommen 1973 zugesagte nicht rückzahlbare Hilfe für die ungeheueren Kriegsschäden in Höhe von 3 250 Millionen \$, sondern verhängten bereits im Mai 1975 einen totalen Wirtschaftsboykott. Gestützt auf die einheimische Reaktion und das Heer ihrer in Südvietnam verbliebenen zirka 200 000 Agenten versuchten sie, jeden möglichen Widerstand gegen die revolutionäre Regierung und die sie unterstützenden Kräfte aus dem Norden zu organisieren. Die USA sind auch mit diesen Zielen hoffnungslos gescheitert.

Nationale Einheit

Im April 1976 beseitigte Vietnam auf dem Wege der Wahl einer Nationalversammlung die durch die USA unter Bruch der Genfer Abkommen 1955 herbeigeführte Abspaltung des Südens und stellte die Einheit seines im September 1945 geschaffenen unabhängigen Nationalstaates wieder her. Das Parlament beschloss als Ausdruck des nunmehr gemeinsam verfolgten sozialistischen Weges die Staatsbezeichnung Sozialistische Republik Vietnam. Das geschah unter dem Gesichtspunkt, dass angesichts der ökonomischen aber auch politisch-moralischen Zerrüttung des Sü-

Irene und Gerhard Feldbauer

Irene Feldbauer, Jahrgang 1937, von Beruf Medizinisch-techn. Assistentin, arbeitete von 1967-1970 für den Allgemeinen Deutschen Nachrichtendienst als Fotoreporterin in Nordvietnam, Laos und Kambodscha. Ihre Bilder gingen um die Welt, wurden von UPI übernommen und in US-Zeitungen veröffentlicht. 1973-1979 erneut als Auslandskorrespondentin in Rom, später mit ihrem Mann im Diplomatischen Dienst in Algerien und Kongo/Kinshasa.

Gerhard Feldbauer, Jahrgang 1933, Historiker an der Friedrich-Schiller-Universität Jena, 1965 Wechsel zum ADN, 1967-1970 Auslandskorrespondent in Hanoi, Laos und Kambodscha, 1973-1979 in Rom.

Ab 1980 im Diplomatischen Dienst, seit 1987 Hochschullehrer, promoviert in vietnamesischer, habilitiert in italienischer Geschichte, lebt mit seiner Frau seit 1999 als politischer Schriftsteller in Hessen, schreibt für deutsche und europäische linke und antifaschistische Medien, mehrere Bücher über Italien, zuletzt «Der Mord an Aldo Moro» und «Marsch auf Rom», bei PapyRossa, Köln. 2005 zusammen mit seiner Frau «Sieg in Saigon. Erinnerungen an Vietnam», Pahl Rugenstein Nachf. , Bonn.

dens nur das nordvietnamesische Entwicklungsmodell dem Land eine Perspektive bieten konnte.

Die RSV ist auf diesem Weg in den vergangenen drei Jahrzehnten Schritt für Schritt vorwärts gegangen. Niemand in der Führung behauptet, dabei seien keine Fehler begangen worden. Wo überhaupt ist eine sozialistische Entwicklung ohne Fehler verlaufen? Nirgendwo! Aber den vietnamesischen Kommunisten gebührt das Verdienst, sie meist bald erkannt und korrigiert zu haben.



Solidarität auch in der Schweiz

Demos und praktische Solidarität begleiteten den Kampf des vietnamesischen Volkes um seine Unabhängigkeit auch in der Schweiz. Erinnert sei etwa an die Bleistift-Aktion der Schweizerischen Friedensbewegung, an ihre Container-Sendungen und Ambulanzfahrzeuge. Darüber mehr in der nächsten Nummer der UW.

Redaktionsschluss dieser Nummer:

9. September 2005

Dramen hinter israelischen Mauern

Vergessene palästinensische Gefangene

Über die Situation der palästinensischen Gefangenen in den israelischen Haftanstalten und Gefängnissen Israels, hört man kaum. Und wenn – dann einseitig und dass die israelische Regierung grosszügig einmal 400 und ein andermal 500 Gefangene frei liess. In Tat und Wahrheit aber werden tagtäglich neue ZivilistInnen die der Besatzungsarmee die Stirn bieten, verhaftet. Allein im Juni 2005 wurden 230 PalästinenserInnen, davon 12 Kinder , arretiert.

Von Tscherina von Moos

Hinter den israelischen Mauern vollziehen sich Dramen, die kaum an die Öffentlichkeit gelangen. Folter, Tortur und direkte Exekution sind an der Tagesordnung.

Nicht nur Familienangehörigen wird der Besuch verweigert. Auch für Anwälte, UNO, IKRK, Amnesty International und andere Menschenrechtsorganisationen ist es sehr schwierig, Kontakt zu den Inhaftierten herzustellen.

Über 8500 politische Gefangene werden zur Zeit (Juli 2005) in den israelischen Gefängnissen festgehalten.

7 Mädchen und 339 Buben. Über 100 von den Kindern sind krank. Hunderte von den Gefangenen waren bei ihrer Verhaftung noch Kinder und sind inzwischen 18 Jahre alt und immer noch im Gefängnis. Die meisten (99%) wurden und werden gefoltert. Zum Beispiel: einen Sack über den Kopf stülpen, auf einem Bein stehen, Zigaretten an ihnen ausdrücken oder Hunde in die Zellen jagen.

Seit seiner Geburt eingesperrt
Nour ist wohl einer der kleinsten und jüngsten politischen Gefangenen auf dieser Welt. Er ist 18 Monate alt und

zeigt oder sie auf ihre Rechte aufmerksam gemacht.

Spielverbot
Aus der Familie herausgerissen, in einem israelischen Spital, die Hände auf dem Rücken gefesselt, gebar Manal Ghanem ihren Nour. Und seit jenem Tag hat der kleine keine andere Luft als die des Gefängnisses geatmet. Laut ihrem Anwalt Raed Mahamid hat er überhaupt keine Rechte. Er darf nicht mit den andern Kinder spielen. Beiden, Manal und Nour, ist es verboten, die Zelle ausserhalb der Pause zu verlassen. 21 Stunden lang, eingepfercht mit mehreren anderen Mitgefangenen. Auf 9 Quadratmetern. Es gibt weder Säuglings- noch Kinder-nahrung. Frische Milch muss Manal zu unerschwinglichen Preisen in der Kantine kaufen.
Nour begann ganz normal zu sprechen. Aber als im November 2004

Schock die Sprache. In der Nacht, wenn die Wärter kommen, weint er und hört nicht auf, bis sie wieder gehen.
Als Manal ausserhalb der Pausen, ihrem Sohn das Gehen beibringen wollte, wurde sie für einen Monat mit Besucherverbot bestraft.
Manal Ghanim hat nun einen Appell an alle richterlichen Institutionen und Menschenrechtsorganisationen gemacht. Sie bittet zu intervenieren. Druck auszuüben damit die in den israelischen Gefängnissen inhaftierten Frauen mit Kindern endlich frei kommen.

Internationale Kampagne
Unter all den Gefangenen sind über 20 Verhaftete die seit mehr als 20 Jahren festgehalten werden. Fünf bereits über 25 Jahre. Laut Statistik verurteilte die israelische Regierung 498 palästinensische Menschen zu je 50 und mehr Jahren Haft.

Und in diesem Zusammenhang organisiert das palästinensische Verteidigungsministerium für die Angelegenheiten der Gefangenen eine Kampagne zur Freilassung der Inhaftierten.

Unabhängig von der gegenwärtigen politischen Situation in Palästina wird die Kampagne, zusammen mit anderen Organisationen, ab September in die Öffentlichkeit gehen um den Druck für die Freilassung zu verstärken.

Ziel ist, die Aufmerksamkeit auf all jene Betroffenen zu lenken, die bei den Verhandlungen und Abkommen «vergessen» wurden. Natürlich steht die Kampagne im Zeichen aller politischen Gefangenen. Aber der Fokus gilt den Langzeit-, den längst überfälligen Häftlingen.

Zusammen mit den Verantwortlichen des Ministeriums und nicht zuletzt dank Abdel Nasar Ferwana (ehemaliger Gefangener), wird die Kampagne auch Europaweit und International durchgeführt.

In der Schweiz wird im Oktober eine kleine Delegation Gast von sa'wijan schweiz (siehe Kasten unten links), in Zürich sein. Gemeinsam mit Sufyan M Abu Zayda, Minister of Detainee's Affaires und fünf anderen ehemaligen Gefangenen berichten sie über ihre Gefangenschaft in den israelischen Haftanstalten. Die genauen Daten bitte bei sa'wijan erfragen.



Palästinensische Kids aus Hebron. Werden sie über ihr Schicksal einst selbst bestimmen können? Foto zvg.

130 Familien ohne ihre Mütter. Von ihnen sind 107 in den Gefängnissen von Ramleh und Telmond (Israel). 23 Frauen waren am Tag ihrer Verhaftung noch Minderjährige. 48 Frauen wurden verurteilt. 74 werden festgehalten und 8 sind in sogenannter «Administrationshaft». Das heisst: ohne Urteil oder legaler Vorladung. Tausende von den politisch Verhafteten sind von diesen Massnahmen betroffen.
Seit der al-Aqsa-Intifada (28. September 2000), als Ariel Sharon demonstrativ auf den Tempelberg ging, sind 346 Kinder inhaftiert.

lebt mit seiner Mutter im Telmod-Gefängnis. Er teilt die 3x3m² kleine Zelle mit anderen Mitgefangenen Frauen.



Oder wird das ihre Zukunft sein? Foto zvg.

Spezialeinheiten der IDF (Israel Defence Force) die Zelle stürmten, alles auseinander nahmen und die Frauen mit extrem starkem Wasserstrahl abspritzten und sie mit Knüppeln schlugen, verlor der Kleine durch den

USA und EU in der Krise

Partner und Rivalen

Lorenz Knorr, langjähriger Mitstreiter in der Friedensbewegung und in anderen sozialen Bewegungen, hat eine Zusammenfassung seiner aktuellen Vorträge zum europäisch-amerikanischen Verhältnis und zu den Perspektiven der globalen Entwicklung «Partner und Rivalen – USA und EU in der Krise» herausgebracht. Kenntnissreich schildert er darin die historischen Ursachen und Zusammenhänge des Aufstiegs der USA zur Hegemonialmacht und der Rolle Europas – auch im Verhältnis zu den übrigen globalen Machtfaktoren, wie China oder Russland.

Ausführlich beschreibt Knorr die ökonomischen Hintergründe und ideologischen Ausprägungen des gegenwärtigen Dominanzanspruchs der USA, der in dem «No-Rivals-Plan» zum Ausdruck kommt. Zugleich zeigt er aber auf, dass die gegenwärtige militärische Überlegenheit der USA «auf Pump» aufgebaut ist, und erläutert die verschiedenen wissenschaftlichen Analysen, die einen baldigen Niedergang der «einzigen Super-

macht» prognostizieren. Die Staatsverschuldung der USA, die 70% des Bruttoinlandsprodukts erreicht, und ein Leistungsbilanzdefizit von über 500 Mrd. Dollar seien objektive Realitäten, die eine «imperiale Überdehnung» der US-Potenzen wahrscheinlich machen. Hieraus könnten sich völlig neue Fragen im Verhältnis zu den Hauptkonkurrenten auf dem Weltmarkt ergeben.

Lorenz Knorr analysiert die bestehenden Differenzen zwischen USA und EU und stellt die Frage nach der weiteren Entwicklung der EU. Die zunehmende Militarisierung der EU zeige eine zu den USA durchaus parallele, militärisch aggressive Entwicklung auf. Im Zusammenhang damit steht die Festlegung der EU auf die sog. «neoliberale Marktfreiheit». Der Autor legt nicht nur die Ursachen des Wetttrübens und der Ausplünderung der Völker dar, sondern weist auch auf den entstehenden Widerstand hin – «Eine andere Welt ist möglich».
Lorenz Knorr: Partner und Rivalen, VAS Verlag, 114 Seiten, ca. Fr. 15.–



Stafettenlauf rund um die Welt

run4unity

Am Sonntag, 9. Oktober 2005 werden junge Menschen auf der ganzen Welt gemeinsam aktiv. Eine Stafette um den Globus beginnt: Jugendliche laufen, schwimmen, skaten... und viele feuern sie an: der «run4unity».

In der Schweiz wird der Stafettenstab um 11 Uhr auf dem Bundesplatz in Bern übernommen. Erwartet werden 1000 Läuferinnen und Läufer und viele, welche die Jugendlichen anfeuern und dann am Fest mitmachen. Die Stafette hat einen wesentlichen solidarischen Aspekt: die Teilnahmegebühren (mindestens 1 Franken – oder mehr!) werden dazu genutzt, über 30 Sozialprojekte weltweit zu unterstützen

Nach dem Lauf findet ein Fest mit internationalen Darbietungen statt. Das Patronat für diese weltweite Veranstaltung im Internationalen Jahr des Sports hat Adolf Ogi, Sonderberater des UNO-Generalsekretärs für Sport im Dienst von Entwicklung und Frieden, übernommen. Neben vielen Sponsoren leistet auch die Stadt Bern eine grosszügige Unterstützung, indem sie die Kosten und Gebühren für die Benützung, Signalisation und Polizeiüberwachung des Bundesplatzes erlässt.

Um 12 Uhr wird von Bern aus der Stafettenstab via Internet der nächsten Zeitzone weitergegeben, die dann ihren Lauf beginnt. Von Jerusalem bis Kinshasa, vom Sitz der Vereinten Nationen in New York bis Seoul, selbst Krieg führende Länder sind vertreten... Kinder und Jugendliche verschiedenster Völker und Nationen reichen sich so die Hände und setzen weltweit ein Zeichen des Friedens.

Organisiert wird der Lauf von drops for peace – Jugendplattform der Fokolar-Bewegung: rund 150 000 Kinder und Jugendliche in 182 Ländern der Erde. Sie leben und engagieren sich für eine geeintere Welt und eine Kultur der Gemeinschaft, des Friedens und der Geschwisterlichkeit unter den Völkern. In der Schweiz sind ca. 300 Kinder und Jugendliche aktiv.



Marche mondiale des femmes

Die Karawane gegen Armut und Gewalt (siehe UW 2/05) ist um die Welt gezogen. Zum Abschluss findet am 17. Oktober nochmals eine weltweite Aktion statt. 24 Stunden Frauensolidarität, dem Lauf der Sonne folgend. In jeder Zeitzone gibt es zwischen 12 und 13 Uhr Veranstaltungen. So auch an verschiedenen Orten in der Schweiz. In Basel bei der Sitzenden Helvetia, Mittlere Brücke.
Weitere Infos: www.marche-mondiale.ch

sa'wijan schweiz
bedeutet auf arabisch zusammen/ gemeinsam und ist eine Organisation die sich in Form von kollektiven Patenschaften den palästinensischen, politischen Gefangenen in den israelischen Haftanstalten annimmt. Mit der Übernahme einer Patenschaft wird der Kauf von z.B. lebenswichtigen Medikamenten, zusätzlichen Lebensmitteln oder die direkte Unterstützung ihrer betroffenen Familien, ermöglicht.
sa'wijan schweiz
Postfach 2310 , CH-8031 Zürich
PC 85-235656-4
Email: sawijan@bluewin.ch

Vre Karrers Werk lebt fort

Rege «New Ways»

Somalia ist nicht nur ein Land ohne Gesetz, des Chaos, der Machos, Mörder und Milizen, wie dies uns Journalisten die sich nur kurz in Somalia aufgehalten haben schildern. Das Land am Horn von Afrika hat auch einen zivilen Alltag, der keine Schlagzeilen macht.

Von Heinrich Frei

Jenseits der Schlagzeilen bewegt sich zum Beispiel die Tätigkeit von «New Ways», der Genossenschaft, die von Vre Karrer, der Zürcher Hebamme, Krankenschwester und Dozentin für Krankenpflege, in der somalischen Stadt Merka begründet wurde. Auch wenn Vre Karrer selbst nicht mehr lebt – sie wurde im Februar 2002 unter nicht geklärten Umständen im Alter von 69 Jahren in Somalia erschossen – ist die Aktivität der Genossenschaft ungebrochen. Heute betreibt «New Ways» ein medizinisches Ambulatorium, eine Primarschule mit 120 und eine Sekundarschule mit 420 Schülerinnen und Schülern, unterstützt eine landwirtschaftliche Genossenschaft und organisiert Reinigungsarbeiten auf dem Markt in Merka. Mit privaten Spenden finanziert und geleitet wird «New Ways» vom Förderverein «Neue Wege in Somalia» aus der Schweiz, verantwortlich für «New Ways» in Merka selbst ist Dr. Mohamed Ali Roble, ein ehemaliger Professor für Mathematik an der Universität von Mogadischu.

Stabile Situation

Dr. Abdi Hersi ist einer der wenigen Ärzte die aus dem Ausland nach Somalia zurückgekehrt sind. Er lebte mit seiner Familie in England und praktizierte dort. Jetzt ist seine Familie von London nach Nairobi in Kenia umgezogen. Dr. Hersi schildert die Situation in der Region Lower Shabelle, zu der Merka gehört, in einem Report an «Neue Wege» wie folgt: «Die Sicherheitslage ist in dieser Region stabil, so ist es für die Organisation New Ways möglich die laufenden Aktivitäten in Zusammenarbeit mit dem örtlichen Gemeinwesen fortzusetzen. Die lokalen Autoritäten sind stärker geworden. Alle Strassenblockaden zwischen Brava und Mogadischu konnten beseitigt werden. Strassenpatrouillen bekämpfen die nächtliche Kriminalität. Die lokalen Autoritäten unterstützen jetzt auch finanziell das Spital in Merka, das von der italienischen Organisation «Comitato d’Organizzazione di Servizio Volontario», COSV, betrieben wird.»

Weiter schreibt Dr. Hersi: «Der lang währende Bürgerkrieg und die Arbeitslosigkeit unter den Somaliern macht das Land abhängig von ausländischer Hilfe. Im Allgemeinen sträuben sie sich die Idee der Selbsthilfe zu akzeptieren. Sie konzentrieren sich auf die nächste humanitäre Hilfe und den daraus entstehenden wirtschaftlichen Nutzen. Trotzdem, seit dem Jahr 2003/2004 gab es eine bemerkenswerte Beteiligung der Gemeinwesen an der Verwirklichung von sozialen Aktivitäten und auch die Wichtigkeit der eigenen Verantwortung für die Projekte wurde verstanden.»

Ambulatorium

In der Stadt Merka leben ca. 126 000 Menschen. Sie sind auf die medizinische Versorgung durch das Ambulatorium von «New Ways» und des Bezirksspitals der italienischen Organisation COSV angewiesen. Dr. Hersi

ist zwei Tage in der Woche für «New Ways» tätig. Er ist ausserdem für die Organisation der medizinischen Versorgung der Lower Shabelle Region verantwortlich, einem Gebiet das etwa 800 000 Menschen zählt. Sein Gehalt erhält er vom Global Fund, einem Fond der von Bill Gates gespiesen wird, und zum Teil auch von «New Ways». Dr. Hersi hat frischen Wind in die Arbeit der Genossenschaft in Merka gebracht. Er schult ebenfalls das medizinische Personal, damit es auf dem neuesten Stand bleibt. Die Hauptarbeit im Ambulatorium wird von vier Krankenschwestern, zwei Laboranten, einer Apothekerin und einer Apothekergehilfin, von neun Hilfskräften, drei Reinigern und vier Wachmännern geleistet.

80 Prozent der Patienten leiden unter Anämie

«In diesem Quartal registrierten wir 3 330 Patienten, das waren viel mehr als im Spital von Merka, das eines der grössten in der Region ist», schreibt Dr. Hersi in seinem Vierteljahrsbericht. «Diese hohe Patientenzahl ist auf die hohe Qualität des Gesundheitsdienstes im Ambulatorium von «New Ways» zurückzuführen, und auch auf die langen Öffnungszeiten, manchmal 10 Stunden im Tag. Auch das neue integrierte Mother Care Health Center, ein Müttergesundheitszentrum mit Hebammen, hat dazu beigetragen, dass das Ambulatorium von vielen Patienten aufgesucht wurde. Das Ambulatorium besuchten Patienten mit den verschiedensten Leiden. 435 hatten Malaria, 263 Lungenentzündung, und 256 Durchfallerkrankungen. Bei 80% der Patienten die in diesem Quartal im Ambulatorium waren, stellte man Blutarmut fest, wie die Untersuchungen des Labors zeigten.»

Malaria: Killer Nr. 1 bei Kleinkindern und schwangeren Frauen

Dr. Omar Dhere, ein somalischer Chirurg, der schon mit Vre Karrer zusammen im Ambulatorium gearbeitet hatte, ist zwei Tage im Ambulatorium und vier Tage in der Woche im Spital tätig. Er schreibt in einem Bericht: «Die meisten Patienten, die behandelt werden sind arm. Viele kommen aus Dörfern in denen chronische Armut, Unwissenheit und unhygienische Verhältnisse die Ursache von vielen Krankheiten sind». Er schildert: «Mana Ali, ein 12-jähriges Mädchen, kam mit seiner Mutter ins Ambulatorium. Ihre Mutter erzählte uns, dass Mana über Atemnot klagte, wenn sie einen Hügel besteigen oder auch nur kurze Distanzen gehen müsse. Ihr Hämoglobinspiegel betrug nur 20 mg/l. Sie wurde deshalb sofort in das Spital von Merka für eine Bluttransfusion überwiesen.» Die Hauptursache der Anämien in dieser Region ist meist eine Malariainfektion. Malaria ist bei Kindern unter fünf Jahren und bei schwangeren Frauen der Killer Nr. 1, wie Dr. Abdi Hersi sagt.

Primarschule

Die Schüler besuchen die ersten vier Grundschuljahre die Primarschule von «New Ways» und anschliessend vier Jahre jene der COSV. Die 120 Schülerinnen und Schüler in der «New Ways»-Primarschule werden in fünf Klassen von 3 Lehrerinnen und 2 Lehrern unterrichtet. Viele der Schulkinder sind unterernährt. Deshalb bekommen sie vor Schulbeginn etwas zu essen. «New Ways» plant jetzt, die



Vre Karrer war sich bewusst, dass in Somalia wie überall in armen Ländern, viele Krankheiten durch mangelnde Hygiene und durch Ungeziefer weiter verbreitet werden. Aus diesem Grund organisierte sie in Merka die tägliche Reinigung des Marktes, die Entfernung der Berge von Abfällen. Auch heute wird der Marktplatz jeden Morgen von einer Equipe von New Ways gereinigt. (zvg.)

Schüler auch am Mittag zu verköstigen. Hungernde Kinder können nicht lernen.

Sekundarschule

Die Sekundarschule besteht zurzeit aus neun Klassen mit insgesamt 420 Schülerinnen und Schülern. In jeder Klasse befinden sich bis zu 47 Schulkinder. Um alle neun Klassen unterrichten zu können, werden die vorhandenen fünf Klassenzimmer jeweils doppelt belegt, das heisst von 07.00 Uhr bis um 13.00 Uhr und von 14.00 Uhr bis am Abend. Auch andere Räumlichkeiten, wie Pausenräume werden aus Platzmangel als Schulzimmer provisorisch genutzt. Insgesamt unterrichten neun Lehrer. In diesem Oktober werden in Merka rund 200 Schüler die Primarschulen der COSV abschliessen, die weiter zur Schule gehen möchten. Zurzeit besteht keine Möglichkeit diese Schüler in den Räumlichkeiten der Sekundarschule unterzubringen. Es gibt jedoch schon ein Projekt, das Verwaltungsgebäude aufzustocken, um so fünf zusätzliche Klassenzimmer zu schaffen. Ein örtlicher Architekt hat bereits Pläne ausgearbeitet und einen Kostenvoranschlag vorgelegt. Das Bauvorhaben soll USD 20 000 kosten. Da jedoch die Aufstockung bis im Oktober nicht realisiert werden kann, wird die italienische COSV für den Unterricht kirchliche Räume unentgeltlich zur Verfügung stellen.

Schuldgeld: 2 US-Dollar im Monat

Das Schulgeld für die Sekundarschule beträgt 2 USD im Monat. Ca. 40 Prozent der Jugendlichen können diesen Betrag bezahlen. Die anderen werden unentgeltlich unterrichtet. Laut dem Leiter der Sekundarschule, Ahmed M. Ahmed, arbeiten die Schüler in der Freizeit meistens auf Bauernhöfen, um sich das Schulgeld selbst erarbeiten zu können. Die Schüler zahlen den Schulbeitrag in der lokalen Währung, dem Somali Shilling, in vielen kleinen Teilzahlungen.

Jenny Heeb, die Präsidentin des Fördervereins, hat im letzten Jahr den Unterricht in allen Fächern der Sekundarschule besucht. «Die Mädchen haben sehr rege mitgearbeitet und waren zum Beispiel in der Mathematik schneller als die Knaben.», stellte sie fest. Zu Hause müssen die Mädchen, im Gegensatz zu den Knaben, mithelfen und haben fast keine Zeit für die Hausaufgaben. Die Mädchen, denkt Jenny Heeb, möchten nach der Schule sicher mehr machen als nachher einfach zu Hause zu sitzen und der Mutter zu helfen. Eine junge Frau

beispielsweise, die die Sekundarschule von «New Ways» besucht hat, ist nach dem Schulabschluss nach Tansania gereist. Sie wollte nach London. Sie wurde jedoch hier in Zürich-Kloten am Flughafen geschnappt und lebt jetzt in einem Flüchtlingsheim im Toggenburg. Wie die junge Frau sagte, möchte sie sofort eine Krankenschwesterschule besuchen.

Schule für arme Kinder

Seit dem letzten Frühling unterrichten neun Freiwillige jetzt auch Kinder, die sonst die Schule nicht besuchen könnten. Als Lehrkräfte wirken Schüler die die Sekundarschule von «New Ways» abgeschlossen haben. 120 Kinder im Alter von 6 bis 16 Jahren besuchen diese Schule. Mit Stolz zeigte Dr. Mohamed Ali Roble im letzten Sommer Jenny Heeb diese «non formal education», die er mit Hilfe der UNICEF initiiert hatte.

Hygiene: Reinigung des Markplatzes

Vre Karrer war sich bewusst, dass in Somalia wie überall in armen Ländern, viele Krankheiten durch mangelnde Hygiene und durch Ungeziefer weiter verbreitet werden. Aus diesem Grund organisierte sie in Merka die tägliche Reinigung des Marktes, die Entfernung der Berge von Abfällen. Auch heute wird der Marktplatz jeden Morgen von einer Equipe von «New Ways» gereinigt. Ungelöst bis heute ist die Endlagerung des Kehrriechts. Zur Zeit wird der Abfall unmittelbar vor der Stadt auf einem Zwischenlager deponiert. Diese Deponie stinkt und es besteht die Gefahr, dass das Grundwasser verschmutzt wird. Wie Urs Markwalder, der Sohn von Vre

Karrer, in seinem Bericht zu Händen der Generalversammlung des Fördervereins ausführte, will die italienische Organisation COSV, in Zusammenarbeit mit der Europäischen Union, abklären wie die Abfälle definitiv gelagert werden könnten. Die EU will sich an den Kosten für diese Deponie beteiligen, wie Dr. Roble sagte.

Farmer Kooperative Ambe Banaan

Als Vre Karrer noch in Merka tätig war, wurde die Bevölkerung des Dorfes Ambe Banaan alle zwei Monate medizinisch betreut. Heute hat die Bevölkerung von Ambe Banaan «New Ways» erneut um ärztliche Unterstützung gebeten. Ambe Banaan ist etwa anderthalb Autostunden von Merka entfernt. Die Menschen dort leben von der Landwirtschaft. Im letzten Herbst gab es Überschwemmungen, die das Dorf während Wochen von der Welt abschnitten. «New Ways» unterstützte die Instandstellung des durch die Überschwemmungen zerstörten Bewässerungskanals und wird auch mithelfen im Dorf einen Brunnen zu bauen. Der alte fiel der Flut zum Opfer. Die nächste Wasserstelle von Ambe Banaan ist heute zwei Stunden entfernt. Das Wasser muss mühsam mit Eselkarren ins Dorf gebracht werden.

Heute geht nur etwa die Hälfte der Kinder von Ambe Banaan in die benachbarten Dörfer zur Schule. Die anderen Kinder sind zu arm, um Schulmaterialien zu kaufen und ein Schulgeld zu bezahlen. «New Ways» will Ambe Banaan jetzt wieder monatlich medizinisch betreuen und es allen Kindern ermöglichen die Schule zu besuchen.

SFB-SEKRETARIAT-SFB-SEKRETARIAT-SFB

Öffnungszeiten:

jeden Di + Do 14.00 – 18.00 Uhr, Riehentorstrasse 27/29, 4058 Basel

Friedensbibliothek

Neben den laufenden Arbeiten sind wir zur Zeit am Neueinrichten unserer Büros. Wir schaffen eine kleine (ausbaufähige) Friedens-Bibliothek, die allen Interessierten zugänglich werden soll.

Computer gesucht

Ganz dringend müssen wir unsere Computer ersetzen. Einer davon ist bald 15 Jahre alt.

Sorgenkind Webseite

Unsere Web-Seite (das ist das mit dem WWW) ist grauenhaft veraltet und sollte attraktiver werden. Wer hilft uns dabei? Tel. 061 681 03 63

SFB-SEKRETARIAT-SFB-SEKRETARIAT-SFB

Kontaktadresse: Jenny Heeb, Greifenseestrasse 30, 8050 Zürich, Tel. 044 312 12 67 E-Mail: merka02@bluewin.ch

Spendenkonto: Hilfe für Somalia, PC 80-53042-7

Weltfestspiele der Jugend und der Studierenden in Venezuela

Jeder Tag ein Höhepunkt

Unter dem Motto «Für Frieden und Solidarität, wir kämpfen gegen Imperialismus und Krieg» fanden im August die 16. Weltfestspiele der Jugend und Studierenden in Venezuela statt (siehe UW 2/05). Ein Interview mit Benjamin und Daniel, zwei Teilnehmern der Schweizer Delegation.

Von Patricia Amadou

Ihr wart zum ersten Mal bei Weltfestspielen. Warum seid Ihr hingefahren?

Daniel: Als ich vor etwa einem Jahr zum ersten Mal von den Weltfestspielen las, war ich sofort begeistert und wollte unbedingt hin. Leider wusste ich damals nicht ob es in der Schweiz

Errungenschaften der Revolution informieren konnte. Genauso gut konnte man aber auch einen Tag am Strand oder im Nationalpark verbringen. Am Abend war meistens Fiesta angesagt, entweder in der Stadt oder bei den Unterkünften.

Welche Konferenzen und Foren der Weltfestspiele waren in Euren Augen politisch am Wichtigsten?



Die Schweizer Delegation nach ihrer Ankunft in Caracas. Foto zvg.

ein Nationales Vorbereitungskomitee gibt. Als die PdA die Initiative dafür ergriff, meldete ich mich sofort.

Vor allem wollte ich Leute aus der ganzen Welt treffen, die ähnliche Interessen und politische Überzeugungen haben. Der Austragungsort gerade dieser Weltfestspiele tat sein übriges; im Moment gibt es kaum ein spannenderes Land als das revolutionäre Venezuela.

Ben: Mich hat schon allein die Idee der Weltfestspiele und ihr Anspruch, einen Beitrag zum Weltfrieden zu leisten fasziniert. Zudem war die Reise nach Venezuela eine ideale Gelegenheit, mehr über die bolivarianische Revolution zu erfahren.

Wie läuft so ein Festival überhaupt ab? Wie habt Ihr den Tag verbracht?

Daniel: Mit Ausnahme der Eröffnung verbrachten wir die Tage mit Konferenzen und Vorträgen. Das tönt nicht sehr spannend, war aber meistens sehr kurzweilig.

Ben: Um an die Veranstaltungsorte zu gelangen, mussten wir jeweils über eine Stunde Bus fahren. Die Veranstaltungen fanden vor- oder nachmittags statt, an vier verschiedenen Orten.

Daniel: Es gab ausserdem ein Alternativprogramm, z.B. Bustouren, auf denen man sich über die sozialen

Ben: Wichtig waren für mich Foren über Fragen, die alle betreffen, wie Menschenrechte, Umweltfragen, der Verzicht auf Atomwaffen, der Kampf gegen den Imperialismus.

Daniel: Ich fand alle Foren, die ich besuchte sehr spannend und wichtig. Neben dem Anti-imperialistischen Tribunal war eine Diskussion besonders interessant, in der es um die politischen Ursachen wirtschaftlicher Schwierigkeiten einzelner Regionen ging. Dort haben sich Leute aus Nordkorea, Palästina und Venezuela mit diesen Fragen beschäftigt.

Was waren für Euch die Höhepunkte des Festivals?

Ben: Ein Höhepunkt war sicher das Hip-Hop Konzert auf der Plaza Venezuela, mit Schweizer Beteiligung. Natürlich auch die (insgesamt drei) Auftritte des Präsidenten Chavez, aber ebenso die vielen Diskussionen mit jungen Menschen aus der ganzen Welt.

Daniel: Für mich ist es auch schwierig einen einzigen Höhepunkt zu benennen. Eigentlich war jeder Tag ein Höhepunkt.

Habt Ihr etwas von der aktuellen Situation in Venezuela mitbekommen?

Ben: Ich war erstmals in Lateinamerika und habe einen kleinen Einblick in die Lebensweise der Menschen gewonnen. Die Allgegenwart der Streitkräfte war für mich ziemlich gewöhnungsbedürftig, doch wer an die Ermordung Allendes denkt, muss Chavez allemal Recht geben. Wie man mir erzählt hat, gibt es keine allgemeine Wehrpflicht mehr – ein mögliches Vorbild für die Schweiz.

Offensichtliche Unterschiede zwischen Arm und Reich, oder die aufdringliche Präsenz von Multis lassen auf eine kapitalistische Gesellschaft schliessen. Trotzdem macht sich überall eine gewisse Aufbruchstimmung bemerkbar: Schulen und Wohnungen werden gebaut, Mülldeponien saniert, Alphabetisierungskampagnen sind angelaufen und medizinische Anlaufstellen entstehen. Die Leute sprechen oft und sehr offen über politische Fragen, deren direkte Auswirkungen auf die Existenz sie vielleicht

stärker spüren als wir, die wir aus einem «reichen Land» kommen.

Ob die jetzige Regierung die Armut mindern konnte, oder – wie die Opposition behauptet – verschlimmert hat, ob und inwiefern der Staat korrupt ist, solche und ähnliche Fragen sind als Besucher schwierig zu beantworten. Dass nun gerade die Wohlhabenderen entschiedene Gegner der Regierung sind, wäre das nicht eher ein gutes Zeichen?

Daniel: Die Spuren der Revolution bemerkt man an allen Ecken, dies geht von wunderbaren Wandmalereien bis zu den Projekten der Regierung Chavez, die Ben bereits erwähnt hat. Eines der imposantesten Projekte finde ich den Bau eines kompletten Eisenbahnnetzes, was es bis anhin in Venezuela nicht gab.

Was hat Euch am meisten an der venezolanischen Situation beeindruckt?

Daniel: Mich beeindruckten vor allem die grossen Differenzen zwischen der reichen Opposition und dem mehr oder weniger armen Volk.

Während die Oberschicht alles versucht, um Chavez zu stürzen, scheint der Rest des Volkes klar hinter ihm zu stehen. Da fällt mir ein gutes Beispiel ein: In Caracas sprach uns eine Reporterin an und interviewte uns. Am Schluss fragte ich von welcher Zeitung sie wäre. El Mundo lautete die Antwort, also von einer Oppositionszeitung. Die Reaktion kam prompt: Eine Strassenverkäuferin die zugehört hatte, erklärte uns, dass wir dieses Interview nicht hätten geben

sollen, weil dies eine sehr böse Zeitung sei.

Ben: Ich fand es beeindruckend, wie stark die Leute von der Möglichkeit und der Notwendigkeit eines Sozialismus im 21. Jahrhundert auf der Grundlage einer revolutionären, partizipativen Demokratie überzeugt sind.

Den Weltfestspielen wird vorgeworfen, dass auf den großen Diskussionsveranstaltungen Statements verlesen werden und es kaum zu Diskussionen kommt. War das in Venezuela anders?

Daniel: Nein, war es leider nicht und dieser Vorwurf ist gerechtfertigt. Es kam nie zu richtigen Diskussionen oder wenigstens habe ich dies nie erlebt. Meistens wurden die Fragen heruntergelesen und erst später, wenn alle Fragen gestellt waren, beantwortet. Ich denke aber, dass es kaum Möglichkeiten gibt das anders zu gestalten, bei 17'000 TeilnehmerInnen.

Wird die Solidaritätsarbeit mit Venezuela künftig eine größere Rolle in Eurer Arbeit spielen?

Ben: Wir werden uns bestimmt aktiver über die Entwicklungen in Venezuela informieren. Besonders wichtig scheint mir aber, in der Schweiz Aufklärungsarbeit zu leisten, um die Leute davon zu überzeugen, dass Solidarität mit Venezuela notwendig ist. Eine Politik, die eine Ausbreitung des Sozialismus auf ganz Lateinamerika zum erklärten Ziel hat, kann uns nicht kalt lassen. Gerade wegen dieser ehrgeizigen Vision kann auch die Gefahr einer US-Invasion nicht ausgeschlossen werden.

Geht die Arbeit in der Schweiz nun weiter?

Daniel: Ja, die Arbeit in der Schweiz geht sofort weiter. Wir werden ein Treffen der Delegation veran-



stalten, an welchem wir noch einmal über die vergangenen Weltfestspiele sprechen und schon über die nächsten diskutieren werden.

Ben: Wir werden ausserdem Veranstaltungen organisieren, voraussichtlich u. a. mit Auftritten der Schweizer HipHop Band, die mit in Caracas war. Zudem geht es darum, eine Kontinuität zu erreichen und die Jugend zu motivieren auch zukünftig an Weltfestspielen teilzunehmen. In der Schweiz fangen wir fast bei Null an; die Weltfestspiele sind heute nahezu unbekannt, die Bewegung schien ausgestorben. Auch die Medien interessierten sich weitaus mehr für Jugendliche, die dem Papst zujubelten.

Daniel: Für die Veranstaltung der nächsten Weltfestspiele 2007 wurde wiederum Caracas vorgeschlagen. Dafür wollen wir besser vorbereitet sein. Wir haben sehr spät mit der Vorbereitung begonnen und so schien es uns, als wäre unsere Delegation sehr schlecht vorbereitet. Ich hoffe auf jeden Fall, dass ich bei den nächsten Weltfestspielen auch dabei sein kann, denn im Grossen und Ganzen war es ein unvergessliches Erlebnis.

Miami 5 bekommen neues Verfahren

Etappensieg für kubanische Antiterroristen

Ein Berufungsgericht in Atlanta hat am 9. August ein neues Verfahren gegen die als «Miami 5» bekannt geworden kubanischen Kämpfer gegen den Terrorismus angeordnet, die seit sieben Jahren in verschiedenen Gefängnissen der USA einsitzen.

Grund für die Entscheidung war, dass «die Formierung von Geschworenen in diesem Ambiente (in Miami) nicht ganz korrekt war, wenn man den Vorurteilen der dortigen Gemeinschaft in Bezug auf die Angeklagten Rechnung trägt» und das Verfahren an einem andern Ort deshalb wieder aufgenommen werden müsse, so das einstimmige Urteil der drei Richter. Die fünf Männer, denen 2001 im Miami-Prozess u. a. Spionage und Konspiration gegen die USA vorgeworfen wurde und die zu lebenslänglich bzw. langjährigen Haftstrafen verurteilt worden waren, bleiben aber in Haft, bis es eine Entscheidung der Staatsanwaltschaft zur Anfechtung des Urteils gibt. Die Verteidiger der Fünf rechnen damit, dass ihre Mandanten, die in unterschiedlichen Hochsicherheitsgefängnissen festgehalten werden, danach gegen Kautions auf freien Fuss kommen könnten oder unter Hausarrest gestellt werden.

«Uns bleibt ein langer Weg, bis sie nach Kuba zurückkehren können», sagte Adriana Pérez, Ehefrau des Gefangenen Gerardo Hernández. Roberto González, Anwalt und Bruder von René González, einem andern Inhaftierten: «Ich glaube, wir sind am Anfang vom Ende des Falls der Fünf.» Ricardo Alarcón, kubanischer Parlamentspräsident, sieht das Urteil als «Sieg auf dem Weg zur Befreiung der fünf antiterroristischen Kämpfer» und

rief zu verstärkter internationaler Solidarität auf.

Dieser Ruf widerspiegelt sich in einer Erklärung, die von Nobelpreisträgern, Künstlern und Politikern in Umlauf gebracht worden ist. Prominente Unterzeichner wie Wole Soyinka, Adolfo Pérez Esquivel, Nadine Gordimer, Desmond Tutu, Rigoberta Menchú, Noam Chomsky, Oscar Niemeyer, Mario Benedetti, Harry Belafonte, Danny Glover, Eduardo Galeano und Manu Chao schreiben u.a., die Gefängnisstrafen gegen die Miami Fünf seien bereits von der Arbeitsgruppe für willkürliche Verhaftungen der Menschenrechtskommission der Vereinten Nationen

für illegal erklärt worden. «Während der letzten sieben Jahre sind diese fünf jungen Männer in Hochsicherheitsgefängnissen gefangen gehalten worden; über längere Zeiträume wurden sie streng von der Aussenwelt abgeschlossen in Isolierungshaft gehalten, und zweien von ihnen wurde das Recht auf Familienbesuche verweigert.

Ihre Inhaftierung ist angesichts der Aufhebung ihrer Urteile gegenwärtig durch nichts gerechtfertigt. Diese willkürliche Situation, die für sie und ihre Familien ausserordentlich schmerzlich ist, darf nicht andauern. Wir, die Unterzeichner, fordern ihre unverzügliche Freilassung.»



Solidarität mit Cuba und auch Solidarität mit den «Miami Fünf»: Am 1. Oktober wird an einem Solidaritäts-Fest der Vereinigung Schweiz-Cuba in Bern der preisgekrönte Dokumentarfilm der irischen Filmemacherin Bernie Dwyer über die «Miami Fünf», «Mission against Terror», gezeigt (deutsch untertitelt).





Karawane der Ligue Démocratique pour les droits de la femme (LDDF) in der Region Rabat (Marokko). Foto Stefanie Gass

Frauenrechte in Marokko und Algerien

«Il y aura des changements...»

Jedes Jahr präsentiert der Christliche Friedensdienst (cfd) in einer Veranstaltungsreihe einen Schwerpunkt seiner feministisch-friedenspolitischen Arbeit. Die Veranstaltungen im Herbst 2005 fokussieren auf rechtliches Empowerment von Frauen in den Projektländern des Maghrebs. An den vier Diskussionsveranstaltungen vom 24. – 29. Oktober 2005 in Bern, Lausanne, Zürich und St. Gallen sind Fouzia Assouli und Nadia Ait Zai anwesend, beides Experpertinnen zu Frauen- und Familienrecht aus cfd-Partnerprojekten in Marokko und Algerien. In beiden Gesellschaften des Maghrebs ist die Reform des Code de la famille ein geschlechterpolitisch bedeutsames Thema.

Von Stefanie Gass

Am 10. Oktober 2003 kündigte der marokkanische König die Reform des Familienrechts / Moudawana an. Die bisherigen Familiengesetze basierten auf einer konservativen Auslegung der Sharia. Der Reformprozess hat bestehende Bilder von Frauen und Männern sowie Vorstellungen über das Geschlechterverhältnis in Frage gestellt und eine breite Diskussion angeregt.

Die aktuelle Gesetzesreform stellt für die Frauen- und Menschenrechtsorganisationen Marokkos einen bedeutenden Erfolg dar. Die cfd-Partnerorganisation Ligue Démocratique pour les droits de la femme (LDDF) war massgeblich an den Reformprozessen beteiligt und beobachtet nun aufmerksam die Umsetzung der neuen Gesetze. Die Bilanz nach einem Jahr ist nicht nur positiv. Schlüsselpersonen und kritische Frauenorganisationen sind ernüchtert über die fehlenden staatlichen Informationen und Sensibilisierungsmassnahmen für Behörden und die Bevölkerung. Denn die de jure Besserstellung bedeutet noch lange nicht, dass die Frauen und ihre Familien in Marokko auch wissen, über welche Rechte sie nun neu verfügen. Die Umsetzung der neuen Rechte gelingt erst langsam in den grossen Städten. Ausserhalb sind sowohl der Informationsstand der Frauen wie auch die Kenntnisse und die Bereitschaft der Richter und Anwälte viel geringer. Um den Zugang zu Recht, Information und Beratung zu verbessern, leistet die LDDF Sensibilisierungsarbeit auf unterschiedlichen Ebenen: Mit Karawanen und Beratungstätigkeit in 14 Regionen Marokkos trägt die Frauenorganisation die neuen Gesetzesinhalte ins Land und erreicht so auch die 80% Marokkanerinnen auf dem Land, welche sich mündlich über direkten Kontakt oder Radio und Kassettenproduktionen informieren müssen.

Präzedenzklagen

Frauenorganisationen wie die LDDF übernehmen als zivilgesellschaftliche

AkteurInnen auch die Aufgabe zu beobachten, ob die neue Gesetzesgrundlage gemäss ihrer inhaltlichen Bedeutung umgesetzt wird und ob Marokkanerinnen in ihrem Alltag von den rechtlichen Verbesserungen tatsächlich Gebrauch machen können und Gehör erhalten. Die bisherige Praxis zeigt, dass Richter die neuen gesetzlichen Grundlagen weiterhin konservativ interpretieren und dass sie die bestehenden Ausnahmeregelungen ausnutzen, welche meist eine Benachteiligung der Frauen zur Folge haben. Weil keine staatliche Kontrollinstanz existiert, übernehmen Frauenorganisationen das Monitoring von Präzedenzklagen und planen die Ein-

richtung eines «Observatoriums», um die Jurisprudenz systematisch zu beobachten, Gesetzesauslegungen zu beeinflussen und individuelle Klagen zu begleiten. Zentrale Themen sind dabei die Regelung des Sorgerechts für die Kinder bei Scheidung, die Durchsetzung des Heiratsverbots von Minderjährigen, die Alimentenzahlungen sowie Scheidungsprozesse.

Geprägt vom Bürgerkrieg

Im Unterschied zu Marokko wurde in Algerien das islamische Familienrecht 1959 von der französischen Kolonialmacht säkularisiert. Die säkulare Gesetzgebung wurde nach der Unabhängigkeit 1962 übernommen

Veranstaltungen mit Nadja Ait Zai und Fouzia Assouli

- **Lausanne, Montag, 24. Oktober 2005**, 18h, Universität Lausanne (Bâtiment BFSH2)
In Zusammenarbeit mit «Laboratoire interuniversitaire en Etudes Genre», LIEGE.
Gesprächsleitung: Hélène Martin, Ethnologin, LIEGE
- **Bern, Mittwoch, 26. Oktober 2005**, 18h15, Universität Bern (Hauptgebäude, Zi 215)
Gesprächsleitung: Dr. Erika Schläppi, Juristin
In Zusammenarbeit mit dem Interdisziplinären Zentrum für Frauen- und Geschlechterforschung der Universität Bern IZFG.
- **Zürich, Donnerstag, 27. Oktober 2005**, 19.30 Uhr, Volkshaus, Grüner Saal
Gesprächsleitung: Ursula Keller, Ethnologin, Programmverantwortliche cfd
- **St. Gallen, Freitag, 28. Oktober 2005**, 19.30 Uhr, Archiv für Frauen- und Geschlechtergeschichte (St. Leonhardstr. 63)
In Zusammenarbeit mit der Politischen Frauengruppe PFG, St. Gallen.

Fouzia Assouli ist Juristin, Vorstandsmitglied der cfd-Partnerorganisation Ligue Démocratique pour les droits de la femme (LDDF) und Präsidentin des Centre d’information et d’observation des femmes (CIOFEM), dem Forschungszentrum der Ligue. Die LDDF ist eine der tragenden Organisationen in Marokko im Kampf gegen die (rechtliche) Diskriminierung der Frauen.

Nadja Ait Zai ist Professorin für Arbeitsrecht an der Universität Algier, Mitglied des Collectif Maghreb Egalité sowie Mitbegründerin und Direktorin des Frauendokumentationszentrums CIDDEF (Centre d’Information et de Documentation sur les Droits de l’Enfant et de la Femme), einer Partnerorganisation des cfd. CIDDEF tätigt Grundlagenarbeit und führt eine Dokumentationszentrum und eine Fachbibliothek mit Schwerpunkt Frauen-, Kinder- und Menschenrechte.

und galt bis in die 70er-Jahre. 1984 wurde erneut ein auf der Scharia basierendes Regelwerk verabschiedet, welches Frauen rechtlich systematisch diskriminiert.

Die Alltagsrealität und die politische Stimmung in Algerien sind geprägt vom jahrelangen Bürgerkrieg. Zivilgesellschaftliche Bewegungen – auch die Frauenbewegung – sind durch Ausnahmezustand und Versammlungsverbot geschwächt und in politischen Prozessen (noch) weniger präsent als in Marokko. Die Konfrontation mit und der Zweifel an den bestehenden staatlichen Strukturen und Institutionen schmälert das Vertrauen von NGOs und ihren AkteurInnen in Veränderungsmöglichkeiten.

Trotzdem versuchen Frauenorganisationen, die rechtliche und soziale Besserstellung von Frauen wieder vermehrt auf die politischen Agenden zu setzen. So haben sich im Laufe des Jahres 2003 fünf Frauenorganisationen unter dem Slogan «20 ans, Barakat!» (20 Jahre sind genug!) zusammengeschlossen, um eine neue Bewegung für die Reform des Familienrechts zu initiieren.

Die nun seit 2003 tätige, von der Regierung etablierte und mehrheitlich konservativ zusammengesetzte Kommission zur Reform des Code de la famille zieht in Algerien jedoch keine unabhängigen Frauenorganisationen zur Beratung bei. Nach zweijährigen Verhandlungen über die Änderung einzelner Gesetzesartikel, stimmten die Abgeordneten schliesslich abgeschwächten Reformvorschlägen zu.

Infos aus erster Hand

Sowohl in Marokko wie in Algerien messen die Frauenorganisationen der rechtlichen Besserstellung von Frauen einen bedeutenden Stellenwert bei.

cfd

Der cfd ist eine feministische Friedensorganisation und aktiv in der Internationalen Zusammenarbeit, der Migrationspolitik und der Friedenspolitik. Er setzt sich ein für Gleichberechtigung und Gleichstellung im Zugang zu Ressourcen und zum öffentlichen Raum sowie zu politischer und gesellschaftlicher Partizipation. Der cfd fragt kritisch nach der politischen Funktion von Zuschreibungen über Geschlecht, Kultur und Herkunft. – Weitere Informationen unter: www.cfd-ch.org.

An den cfd-Veranstaltungen berichten Nadja Ait Zai/ CIDDEF Algerien und Fouzia Assouli/ LDDF Marokko, Expertinnen für Frauenrechte und Vertreterinnen von cfd-Partnerprojekten, über den heutigen Stand der Familiengesetze in ihrem jeweiligen gesellschaftlichen und politischen Kontext und stellen zentrale Fragen zur Diskussion: Wie beeinflussen die heutigen Gesetze das Geschlechterverhältnis? Erweitert der neue Code de la famille in Marokko die Handlungsspielräume von Frauen im Alltag? Wie verlaufen die Reformbestrebungen in Algerien? Was sind die Möglichkeiten und Grenzen des rechtlichen Empowerment im Kampf gegen die Diskriminierung von Frauen und für die Veränderung des Geschlechterverhältnisses?

Stefanie Gass ist Ethnologin und beim cfd zuständig für Migration & Kommunikation

Menschenfeindliche Arbeitsbedingungen

Nestlé auf der Anklagebank

In Kolumbien nutzt der Schweizer Multi Nestlé den bewaffneten Konflikt dazu aus, sich unbequeme Gewerkschafter vom Hals zu halten. Jetzt soll die Tätigkeit des Multis in Kolumbien an einer öffentlichen Anhörung untersucht werden. Workshops werden sich zudem mit dem Verhalten von Nestlé bezüglich Menschenrechten, Gewerkschaftsrechten, Landwirtschaft und Wasserprivatisierung in verschiedenen Ländern beschäftigen.

Von Lis Füglistner

Der Schweizer Konzern Nestlé ist die Nummer eins auf dem globalen Lebensmittelmarkt. 2004 besass der multinationale Konzern 500 Fabriken in 83 Ländern, beschäftigte 247 000 Personen und erzielte mit einem Umsatz von 86,7 Mia. Franken einen Reingewinn von 6 Mia.

Welche Geschäftspolitik steht hinter solchen Milliardengewinnen? Haarsträubende Vorfälle in verschiedenen Teilen der Welt zeigen, mit welcher Ignoranz der Megakonzern agiert: Aufkauf von Trinkwasserquellen, Kinderarbeit auf Kakaoplantagen, Flussverseuchung, willkürliche Massenentlassungen, prekäre Arbeitsbedingungen. Von Kolumbien über Brasilien, die USA, Südkorea, Russland, Elfenbeinküste, bis hin zu Deutschland und Frankreich: Nestlé missachtet nationale Gesetze und setzt sich über jegliche Normen und Verhaltensstandards hinweg.

Einer besonders schwierigen Situation sind die Nestlé-ArbeiterInnen in Kolumbien ausgesetzt. Dort haben Gewerkschaftsmitglieder, die sich für die Einhaltung der Arbeits- und Menschenrechte engagieren, wiederholt Morddrohungen von paramilitärischen Gruppierungen erhalten. Nestlé greift nicht ein, hält sich zurück, schweigt. Die Verantwortlichen können mit Straflosigkeit rechnen.

Es darf nicht sein, dass international tätige Konzerne einen bewaffneten Konflikt ausnutzen, um menschenfeindliche Arbeitsbedingungen durchzusetzen. Konzerne, die in einem konfliktgeladenen Umfeld tätig sind, haben eine besondere Verantwortung wahrzunehmen.

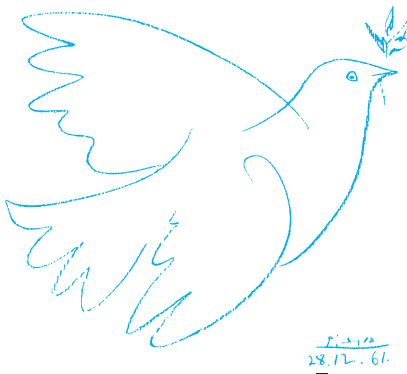
Um der aktuellen Politik der Straflosigkeit entschieden entgegen zu treten, organisiert MultiWatch, ein Zusammenschluss von NGO’s, Gewerkschaften, politischen Parteien sowie Solidaritäts- und globalisierungskritischen Bewegungen am 29. Oktober im Kornhausforum in Bern eine öffentliche Anhörung zu den Vergehen von Nestlé in Kolumbien. Ein Rat aus bekannten Personen mit spezifischen Kenntnissen der Region beurteilt die Verantwortung von Nestlé bezüglich der einzelnen, umfassend dargestellten Fälle.

Am 30. Oktober wird in vier Workshops zu Landwirtschaft und Nahrung, Wasserprivatisierung, Arbeits- und Gewerkschaftsrechten und zu internationalen Menschenrechtsnormen das Verhalten des Konzerns Nestlé in verschiedenen Ländern analysiert.

Alles öffentlich

Die Veranstaltungen sind öffentlich. Sie sind dazu herzlich eingeladen! Mehr Informationen und ein Anmeldeformular finden Sie auf der Homepage www.multiwatch.ch.

ISSN 1423-6826
sfb@bluewin.ch



Unsere Welt



Mikis Theodorakis – eine Legende wird 80. Foto ND

«Nötig wie Nahrung ist uns der Widerstand»

Theodorakis zum 80.

Am 29. Juli feierte der griechische Komponist und Friedenskämpfer Mikis Theodorakis («Zorbas») seinen 80. Geburtstag. In unserer weltweiten Friedensbewegung spielte Theodorakis immer eine wichtige Rolle. In den achtziger Jahren zum Beispiel, als die Schweizerische Friedensbewegung mit Hans «Joe» Stebler und Martin Jäggi im Präsidium des Weltfriedensrates (WFR) und mit Philipp Spillmann gar im Sekretariat des WFR sass, war Mikis Theodorakis einer der Vizepräsidenten des WFR.

Von Ludwig Streng

Wie soll man einen Mann würdigen, der alles erlebt hat, was ein Mensch erleben kann? Er ist durch die schlimmsten Höllen gegangen: Krieg, Gefängnis, Verbannung, Folter, er war mehrmals fast tot, ist immer wieder aufgestanden. Und er hat die schönsten Momente erlebt: Konzerte vor Tausenden von Menschen, die seine Musik lieben, die seine Lieder singen, er ist in seiner Heimat populär wie kein anderer Grieche, man kennt ihn auf der ganzen Welt und er ist wahrscheinlich der bedeutendste lebende Komponist.

Am 29. Juli 1925 geboren, beginnt Theodorakis mit zwölf Jahren zu komponieren. Schon früh engagiert er sich gegen Unterdrückung und Krieg. 1942, mit noch nicht einmal 17 Jahren, wird er auf einer Kundgebung zum ersten Mal verhaftet, unter der deutschen Besatzung bis 1944 noch weitere zwei Mal. Zeitgleich mit dem Abzug der deutschen Faschisten im Oktober besetzen englische Truppen Griechenland und verfolgen diejenigen Widerstandskämpfer, die gegen Hitler gekämpft haben.

Langer Leidensweg

1945 beginnt Mikis Theodorakis am Konservatorium von Athen sein Kompositionsstudium. Auf einer Kundgebung im März 1946 wird er zusammengeschlagen, für tot erklärt und erwacht im Leichenhaus. 1947/48 erneute Verhaftungen, Verbannung u. a. auf die Gefängnisinsel Makronisos. Nach dem offiziellen Ende des «Bür-

gerkriegs» im Herbst 1949 studiert er weiter und besteht im Sommer 1950 das Abschlussexamen. In den Folgejahren Kompositionen der verschiedensten Art (Orchesterwerke, Lieder). 1963, nach der Ermordung des linken Abgeordneten Grigoris Lambrakis, wird Theodorakis Vorsitzender der neugegründeten Lambrakis-Jugend. 1964 wird er Abgeordneter im Griechischen Parlament und nimmt den Parlamentssitz von Lambrakis ein. Am 21. April 1967 putscht die faschistische Junta. Theodorakis ruft am gleichen Tag zum Widerstand auf und geht in den Untergrund. Im August wird er verhaftet. Das Spielen seiner Musik wird – im Armeebefehl Nr. 13 von 1. 6. 1967 – verboten.

Im Januar 1968 wird Theodorakis unter dem Druck einer grossen internationalen Öffentlichkeit freigelassen, im August erneut verhaftet und mit seiner Familie deportiert, später ins KZ Oropos überführt. Überall auf der Welt bilden sich Komitees, die seine Freilassung fordern. Zu den Initiatoren gehören u. a. Harry Belafonte, Arthur Miller, Leonard Bernstein und Dimitri Schostakowitsch. Am 13. April 1970 gelingt dem französischen Schriftsteller und Politiker Jean-Jacques Servan-Schreiber die Freilassung von Theodorakis zu erwirken und ihn nach Paris zu bringen. Er wird als Gründer der Patriotischen Front zum Symbol des griechischen Widerstandes gegen die Junta. Gleichzeitig nähert er sich politisch den damaligen Eurokommunisten.

1972/73 im Pariser Exil lernt Theodorakis Pablo Neruda kennen,

Zeitung der Schweizerischen Friedensbewegung (SFB)

Impressum

«Unsere Welt» erscheint bis sechsmal jährlich.
Auflage: 10 000
Herausgeber: Schweiz. Friedensbewegung,
Postfach 2113, CH-4001 Basel
Tel. 061/681 03 63, Fax 061/681 76 32
Verantwortlich für Herausgabe: Martin Schwander
Redaktion: Franziska Genitsch, Marta Martin,
Ruedi Moser, Louise Stebler, Martin Schwander
E-Mail: sfb@bluewin.ch
Abonnementspreis: mindestens 12 Franken.
PC: 40-1627-7
Namentlich gezeichnete Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder.
Satz/Layout: ComTex, 3414 Oberburg
Druck: Bubenberg Druck- und Verlags AG, Bern

Mithelfen

«Unsere Welt» erscheint seit 1978. Dies, weil die Freundinnen und Freunde der UW mit Spenden es ermöglichen und weil viele Helferinnen und Helfer bei der Verbreitung mitmachen.
Wie kann man helfen?
Indem Sie den Einzahlungsschein benützen und/oder einen Bund Zeitungen bestellen und an Ihrem Ort an Versammlungen oder in die Briefkästen verteilen.

Senden Sie mir gratis _____ Exemplare
«UNSERE WELT».

Senden Sie diesen Talon an:
SFB, Postfach 2113, CH-4001 Basel

Name: _____

Vorname: _____

Adresse: _____

PLZ, Ort: _____

der zu dieser Zeit chilenischer Botschafter in Frankreich ist. Er komponiert Teile aus Nerudas «Canto General». Die Uraufführung ist für die dritte Septemberwoche 1973 in Santiago de Chile geplant, doch dazu kommt es nicht. Der faschistische Putsch in Chile verhindert das Konzert.

Am 24. Juli 1974 muss die griechische Junta zurücktreten, am 25. Juli kehrt Theodorakis nach Athen zurück. Im Herbst endlich, nun in Athen, die Uraufführung des «Canto General».

In den frühen 80er Jahren weilt er längere Zeit zu Arbeitsaufenthalten in der DDR. Etwa zehn Werke der sinfonischen Musik komponiert er in dieser Zeit, stellt sie fertig und führt sie auf, darunter drei Sinfonien, die neuen Teile des «Canto General» und die Liturgie «Den Kindern, getötet in Kriegen» (geschrieben für den Dresdner Kreuzchor). «Es gibt kein Land auf der Erde, das so viel für Theodorakis' Musik in den Achtzigerjahren getan hat wie die DDR. Der 'zweite deutsche Staat' gibt Theodorakis die Möglichkeit, mit den besten Chören, Orchestern und Dirigenten sein Werk aufführen zu lassen oder selbst zu dirigieren.» (Guy Wagner in seiner Biographie «Mikis Theodorakis – ein Leben für Griechenland»).

1981 wird Theodorakis als unabhängiger Kandidat auf der Liste der Kommunistischen Partei ins Parlament gewählt, 1989 kandidiert er erneut, diesmal unabhängiger Linker jedoch auf der Liste der konservativen «Nea Dimokratia», in der Absicht, die verfeindeten Lager zu einen und den Weg für eine Grosse Koalition der inneren Aussöhnung zu bereiten. 1990 wird Theodorakis Staatsminister ohne Geschäftsbereich beim Ministerpräsidenten. 1992 verlässt er die Regierung, nachdem er einige seiner Vorstellungen durchsetzen konnte, das meiste jedoch nicht. 1993 legt er auch sein Parlamentsmandat nieder und wird wenig später Generalmusikdirektor des Staatlichen griechischen Rundfunkchores und der Rundfunkorchester. Im Herbst 1993 kann Theodorakis erstmals den «Canto General» in Santiago de Chile aufführen. 1995 verlässt er Griechenland, um sich in Paris ungestört seinem sinfonischen Schaffen widmen zu können.

1999, Theodorakis lebt längst wieder in Griechenland, beginnt die NATO den Krieg gegen Jugoslawien. In nur zwei, drei Tagen organisiert Theodorakis ein Konzert in Athen mit vielen griechischen Künstlern, um gegen diesen Krieg zu protestieren. Er ist immer einer der Ersten, die ihre Stimme erheben, so auch zu Beginn der Kriege gegen Afghanistan und den Irak. Theodorakis wird für den Friedens-Nobelpreis vorgeschlagen.

Oft missverstanden

Mikis mischt sich ein, immer und immer wieder, ja, er provoziert und polarisiert, aber nicht um der Provokation willen, sondern um Probleme aufzureissen, zu verdeutlichen, sie zu diskutieren, nach Lösungen, auch ungewöhnlichen, zu suchen. Er wird oft – und von manchen sehr bewusst – missverstanden. Wenn er sich im Unabhängigkeitskampf der Palästinenser gegen die israelische Besatzung an die Seite Palästinas stellt,

wirft man ihm Antisemitismus vor. Theodorakis ein Antisemit? Er, der den Mauthausen-Zyklus geschrieben hat, welcher wie wenige andere Kunstwerke das Leid des jüdischen Volkes unter dem Faschismus thematisiert? Das geht nicht zusammen. Theodorakis gar ein Rechter, weil er eine Zeitlang mit der konservativen «Nea Dimokratia» ging? «Was heisst das, ein Rechter? Wenn ich ein Rechter bin, wer ist dann ein Linker? Wenn die Linke den Kampf für die Freiheit darstellt, für die Menschenrechte, die Abschaffung der Armut, den Kampf ... um die Wahrheit, wenn sie bedeutet, dass man sein ganzes Leben ein-

setzt für die anderen, so darf ich sagen, dass ich mein ganzes Leben auf diesen Grundsätzen aufgebaut habe, und ich gehe auf diesem Weg, den ich nie, nie verlassen habe, weiter. Ich bin ein Linker und bleibe ein Linker.» (Theodorakis in einem Interview 1990)

Am 29. Juli wurde er 80. Herzlichen Glückwunsch, Mikis. Und vor allem Gesundheit! Wir brauchen dich. Als Musiker, als Politiker, als Mensch.

Ludwig Streng ist Mitglied des Chemnitzer Chores «Quijote» (gekürzt aus UZ)

Das Geld, das in New Orleans fehlt

US-Kriegskosten

Die astronomischen Summen, die monatlich für den Irak-Krieg von G. W. Bush ausgegeben werden, übersteigen inflationsbereinigt die entsprechenden Kosten der USA im Vietnam-Krieg.

Von Rainer Rupp

Die Kriege im Irak und Afghanistan haben den US-Steuerzahler bereits 314 Milliarden US-Dollar gekostet, berichtet jüngst das Congressional Budget Office (CBO), und mit weiteren 450 Milliarden Dollar Kriegskosten sei laut der Behörde, die für den US-Kongress die Staatsausgaben überwacht, in den nächsten zehn Jahren zu rechnen. Das würde die beiden Bush-Kriege, insbesondere den Krieg im Irak, zum teuersten militärischen Abenteuer der USA in den letzten 60 Jahren machen.

Das Washingtoner «Zentrum für strategische Budgetbewertung» hat die US-Kosten des Korea-Kriegs auf 430 Milliarden und die des Vietnam-Kriegs auf 600 Milliarden US-Dollar zum gegenwärtigen Dollarwert geschätzt. Die Kosten des Irak-Kriegs könnten 700 Milliarden deutlich übersteigen. Diese Aussicht hat sogar Republikaner im Kongress dazu verleitet, Präsident Bushs «globalen Krieg gegen den Terror» als zu teures Unternehmen mit unbestimmtem Ende für ein nur schwer fassbares Ziel zu kritisieren. So z.B. der bekannte Senator Chuck Hagel, der die Kriegsausgaben als für die US-Wirtschaft «gefährlich und unverantwortlich» bezeichnet hat, zumal sie nicht über Steuereinnahmen, sondern über Kredite finanziert werden, welche die ohnehin bereits gigantischen Staatsschulden nur weiter in die Höhe treiben.

Fehlkalkulationen

Hatte einer der Chef-Architekten des Irak-Krieges, der inzwischen zum Präsidenten der Weltbank avancierte ehemalige stellvertretende Verteidigungsminister Paul Wolfowitz noch vor dem Irak-Krieg dem Kongress versprochen, dass das («zu befreiende») irakische Öl für die US-Kriegskosten zahlen würde, so sind die diesbezüglichen Hoffnungen inzwischen verfliegen, denn wegen der Kriegsfolgen ist das ölreiche Land bereits zu einem Öl-Importeur geworden. Spielte für den Krieg anfangs «Geld keine Rolle», so haben inzwischen die fis-

kalpolitischen Folgen der ständig wachsenden Kosten begonnen, die strategischen Entscheidungen des Pentagon zu beeinflussen, wie z.B. die jüngst erfolgte Infragestellung der vom US-Militär verlangten Fähigkeit, gleichzeitig zwei grössere Kriege rund um die Welt führen zu können.

Selbst James Carafano, ein führendes Mitglied der neo-konservativen «Heritage Foundation», die traditionell die Politik von Präsident Bush unterstützt hat, verwies jüngst darauf, dass es dem US-Militär überall an Menschen und Material fehlt, um die Kriege effizient fortzusetzen. Ohne sich selbst grosse Hoffnungen auf mehr Geld fürs Militär zu machen, warnte Carafano, dass ohne eine bedeutende Erhöhung der Militärausgaben das Weisse Haus «ein Desaster im Irak und zugleich ein stark geschwächtes US-Militär riskiert».

Auch Verwundete kosten

Laut Pentagon beläuft sich derzeit die so genannte «Verbrennungsrate», d.h. die Kosten für die operationelle Kriegsführung im Irak und in Afghanistan, auf durchschnittlich 5,6 Milliarden US-Dollar im Monat. Aber das schliesst weder die Kosten für den Unterhalt und den Ersatz von Kriegsmaterial, noch die Kosten für die Ausbildung afghanischer und irakischer Soldaten ein, noch die Ausgaben für die sogenannten «Wiederaufbauprojekte», die hauptsächlich der Sicherung der US-Anlagen gegen Operationen des irakischen Widerstands dienen.

Ebenfalls nicht eingeschlossen sind die Folgekosten für die wachsende Zahl der Toten und Verwundeten, die sich allein für die USA seit Kriegsbeginn am 20. März 2003 bis Mitte Juli 2005 im Irak auf 1 763 Tote und 13 336 Verwundete beläuft.

Und nicht inbegriffen in den offiziell ausgewiesenen Kosten von Präsident Bushs «globalem Krieg gegen den Terror» sind die 30 Milliarden Dollar jährlich für den «Heimatschutz» und weitere etwa 30 Milliarden für die Sicherheit der Transport- und Kommunikationslinien.